

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementpreis: 3,00 Mk., monatlich 1,00 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Bestellungs-Verzeichnisse für 1902 unter Nr. 20728. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Er erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Bedingungen
 Beträgt für die sechsgepagelten Kolonett-zeile oder deren Raum 40 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benthj-Straße 2. Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Freitag, den 25. Juli 1902.

Expedition: SW. 19, Benthj-Straße 3. Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Der Leipziger Bankprozeß.

Nach zweihundertdreißigtägiger Verhandlung ist Mittwochsabend auch in dem Prozesse gegen die Geschäftsleiter der Leipziger Bank das Urteil gefällt worden. Egner ist wegen betrügerischen Bankrotts und Bilanzverschleierung zu 5 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt worden, sein Mitdirektor Dr. Gensich zu 3 Jahren Gefängnis, während der Vorsitzende und die Mitglieder des Aufsichtsrats, die allerdings ohnehin bei dem Zusammenbruch Millionen verloren haben, mit verhältnismäßig geringen Geldstrafen weggekommen sind, der Vorsitzende Döbel mit 15 000 M., Mayer, Schröder und Wölfer mit 18 000 M., Fiebiger mit 8000 M. und Förster und Wilens mit 5000 M.

Das Urteil ist noch befremdender als das des Sanden-Prozesses. Mühen wir schon dessen Ergebnis, die Beurteilung Sandens zu sechs Jahren Gefängnis, als härter ausgefallen bezeichnen, wie nach früheren Prozessen ähnlicher Art erwartet werden konnte, so gilt dies noch weit mehr von der Beurteilung Egners und des Dr. Gensich. In diesem Urteil vermag uns auch die Tatsache nicht zu betören, daß die bürgerliche Presse, und namentlich gerade die eigentliche Börsenpresse, die den Leitern der Leipziger Bank zuerkannte Strafe zu milde findet, wie sie noch vor wenigen Tagen die dem Leiter der Spielhagen-Bankgruppe für zu niedrig erklärte mit der Begründung, daß durch den Krach beider Banken so und so viele kleine und mittlere Existenzen vernichtet, Handel und Gewerbe geschädigt seien usw. Stellt man allerdings als Maßstab für die Strafzumessung die Wirkung auf, welche die beiden Finanzkatastrophen auf das Erwerbsleben und die Vermögenslage der Beteiligten gehabt haben, so ist die Strafe für Sanden wie Egner eine allzu geringe; aber dann würde auch eine Verdoppelung oder Verdreifachung der erkannten Gefängnis- oder Zuchthausstrafe noch nicht genügen, denn es ist zweifellos, daß, was die sociale Wirkung anbelangt, selbst eine fortgesetzte Verbüßlichkeit nicht an die Erschütterung heranreicht, die das gesellschaftliche Leben durch die von beiden Verurteilten betriebenen finanziellen Machenschaften erlitten hat. Aber nach solchen socialen Wirkungen beurteilt die heutige Rechtspflege Vergehen und Verbrechen nicht; und am allerwenigsten erblickt die Presse, die jetzt die Sanden und Egner der Empörung der kleinkapitalistischen Schichten über die ihnen zugefügte Schädigung gepöpst sehen möchte, in der Wirkung auf das sociale Leben ein Kriterium für die Strafzumessung. Denn diese selbe Presse hat sonst für geschäftliche Schädigungen des Erwerbslebens — vorausgesetzt, daß die Mäher nicht gefaßt werden — ein äußerst geringes sociales Verständnis und leistet nicht selten Aktionen, die darauf hinauslaufen, die kleineren Kapitalisten zum Vorteil der Hochfinanz zu pressen, bewußte Hilfe, wie sie sich andererseits bekanntlich außerordentlich leicht mit Kolonialgründungen und Eroberungen, mit der Ausförmung zahlreicher Menschenseelen in Fiebergegenden und kriegerischen Handelsexpeditionen abzufinden weiß — falls solche Unternehmungen im Interesse des großen Finanz- und Handelskapitals liegen.

Beurteilt man aber die Thaten der Sanden und Egner nicht ausschließlich nach dieser Wirkung, zieht man wie das moderne Rechtsbewußtsein unbedingt erheischt, die Motive, das sociale Milieu in Betracht, untersucht man vor allem, wieweit sie nur die in ihrem Kreise übliche Moral und Geschäftsauffassung bekundet haben, wie sich ihre Machenschaften zu denen anderer gleichartiger Finanzinstitute verhalten, so ergibt sich ein andres Urteil. Solche Untersuchung aber ist der Börsen- und Handelspresse zuwider. Wie sie seit dem Zusammenbruch der Leipziger Bank ängstlich bemüht gewesen ist, den Anschein zu erwecken, als habe es sich bei dem Leipziger Institut um ganz besondere in der Bankwelt sonst nicht zu findende Manipulationen gehandelt, so läßt sie sich auch nun nach dem Schluß der Verhandlungen, obgleich diese manches Material dafür bieten, nicht auf die Frage ein, wie weit die Egnerische Machenschaft auch anderwärts praktiziert wird, sondern wiederholt nur in endlosen Variationen das Lied von dem verbrecherisch angeordneten Schaden.

Es liegt System in dieser Stellungnahme zu den Ergebnissen der Verhandlungen und zum Strafteil. Die Bezeichnung des Urteils als eines all zu milden soll die Fiktion anrecht erhalten, als hätte Egner nicht, was er anderswo gesehen und beobachtet, auf das Leipziger Institut übertragen, sondern als handle es sich um die schroffen Abweichungen von einer sonst überall vorhandenen strengsten Solidität. Man giebt das räumliche Mitglied der ehrfurchtsamen Jungfrau, um die andern in desto größerer Reinheit erstrahlen zu lassen. Und zu diesem durch nichts weniger als durch Gerechtigkeitsliebe diktierten Zweck tritt als weiteres Moment hinzu der Aergers darüber, daß die Leiter der Leipziger Bank es zu einem Eckel haben kommen lassen, der nicht nur auf die Moral und die Änfte der heutigen Finanzwelt große Schlaglichter wirft, sondern auch die Gefahren der engen Koalition zwischen Kreditinstituten und der Industrie an einem Beispiel drastisch veranschaulicht und dadurch im Innern wie im Ausland das deutsche Kreditbanksystem, dessen Ueberlegenheit über das französische und englische in den letzten Jahren so oft in den höchsten Worten gepriesen worden ist, kompromittiert. Weniger die Egnerische Praxis, als ihr Ausgang, ihr schließlicher Erfolg ist es, der den Anstoß der Börsenpresse erregt. Hätte Egner dieselben Machenschaften getrieben, aber es hätte sich das Veremannsche Patent als technisch wertvoll erwiesen, oder es wäre zu diesem eine Neuentdeckung hinzugekommen, die eine profitable Ausbeutung gesichert hätte, keines der Blätter, die heute nach härterer Strafe rufen, würde nachträglich in dem starken Engagemen der Leipziger Bank bei der Tredertröcknungs-Gesellschaft, in der Anwendung der von Egner

beliebten Mittel zur Verdeckung der enormen Beteiligung und in der Wechselreiterei etwas Strafbares gefunden haben; sie alle hätten, wenn später der goldene Regen in die Kassen des Leipziger Instituts geströmt wäre, den fähigen Finanzmann bewundert, der mit „genialem Witz“ sich über kleinliche Bedenken hinwegzusetzen und mit „folgem Wagemut“, der Kurzsichtigkeit eines ängstlichen Aufsichtsrates und ängstlicher Mitdirektoren zum Trotz, sein Institut auf höhere Stufe zu bringen verstanden hätte.

Als im Sommer vorigen Jahres die Dresdener Kreditanstalt und die Leipziger Bank zusammenkrachten, schrieb der „Vorwärts“ in einer Charakteristik der neuesten deutschen Kreditbankpraxis, dieselbe Geschäftsführung, wie die Leipziger Bank, hätten in den letzten Jahren diese Kreditbanken befolgt, und nur graduell lasse sich ein gewisser Unterschied konstatieren:

„Es hieße Vogelstreich-Politik treiben, wenn man sich verhehlen wollte, daß schon seit längerer Zeit die Entwicklung des deutschen Kreditbankwesens eine Richtung genommen hat, die notwendig in der Zeit wirtschaftlicher Depression zu einer tiefen Erschütterung des Kreditwesens führen muß. Während die französischen Banken, speziell die Pariser, das Hauptgewicht auf das Diskontogeschäft legen, und auch die englischen Banken sich im allgemeinen nur in geringem Maße mit sogenannten Gründungsgeschäften befassen, sind diese im letzten Jahrzehnt mehr und mehr für die deutschen Kreditbanken zur Hauptache geworden. Mit wahren Wollust haben sie darauflos gegründet; hier Elektrizitätswerke, Straßenbahnen, Eisenwerke, dort Holzbeerbearbeitungs-, Textil-, Papierfabriken zc. zc. oder, wenn sich gerade nichts andres bot, die Fusionierung schon bestehender Betriebe bezug, die Umwandlung von privaten Betrieben in Aktienunternehmungen kultiviert. Entscheidend war dabei nicht das wirtschaftliche Bedürfnis, sondern der Geschäftspunkt, ob sich bei der Entziehung des Geschäfts etwas profitieren ließ. Ob es gut, nun dann wurde sich auf ein neues ähnliches Unternehmen geworfen; ging es nicht, mußte die neu gegründete Aktiengesellschaft mit Unterstützung der betreffenden Bank versuchen, anderwärts Tochtergesellschaften zu gründen. Manchmal prosperierten nur diese und deckten mehr oder weniger die Inkosten der ersten Anlage, in jedem Fall aber brachte die Emission der neuen Aktien, wenn geschickt und mit der nötigen Kellame betrieben, neue Gewinne. Wollte es auch mit den neuen Anlagen nicht glücken, wurden sie mit andern fusioniert, unter Umständen auch mit solchen einer ganz verschiedenen Branche, oder auch zu Teilgesellschaften anderer Unternehmungen umgewandelt.“

Die Auffassung ist damals als ein Ausfluß des allföhen „Vorwärts“-Pessimismus und seines Brauches, für das Verschulden einzelner die Gesellschaft anzulagen, bezeichnet worden; die später in die Bilanzen der größeren Banken für das Geschäftsjahr 1901 eingestellten bedeutenden Abschreibungen auf den Effekten- und Konfortial-Konten haben diese Auffassung aber durchaus bestätigt; und die nächstjährigen Bilanzen werden weitere Belege liefern, da keineswegs durch die vorgenommenen Abschreibungen die Aktiven als auf ihren wirklichen Wert herabgedrückt gelten können.

Und auch für die Ansicht, daß es sich bei der Leipziger Bank nur um eine graduelle Verschleierung, nicht um — eigentliche Systemverschleierung handelt, haben die Leipziger Bankprozeßverhandlungen den Beweis erbracht. Was als ungeheuerlich erscheint, ist nur, daß eine Bank mit einem Aktienkapital von 48 und einem Reservefonds von ungefähr 15 Millionen Mark sich dazu verstehen konnte, einem einzigen industriellen Konglomerat gegenüber Verpflichtungen in der Höhe von 87 Millionen Mark zu übernehmen. Alle andern Manipulationen ergeben sich ziemlich einfach aus dieser die Kräfte des Instituts weit übersteigenden Belastung. Um die enorme Schuld der Tredertröcknungs-Gesellschaft an die Bank zu verdecken, um den eignen Angestellten, mit Ausnahme einiger weniger Vertrauten, nicht allzu sehr die Lage der Bank und ihre Engagements zu enthüllen, wurde dann neben der Hauptbuchhaltung die Spezialbuchhaltung des Sekretariats geschaffen, wurden für die Geschäfte mit der Tredertröcknungs-Gesellschaft weit über 100 Konten geführt; aber eigentlich falsche Buchungen sind nicht vorgenommen. Der Zweck war nicht zu fälschen, sondern ein Geheiß zu schaffen, das selbst den im Geschäft Thätigen an der Uebersicht hinderte.

Und daselbe gilt von den Bilanzverschleierungen. Auch sie stellen sich nicht als Fälschungen zu Gunsten irgend welcher an der Bank beteiligten Interessenten dar, sondern als ein Mittel, die Verbindung der Bank mit der Tredergesellschaft geringer erscheinen zu lassen als sie war, um den Fall des Instituts anzuhalten. Ist im Spielhagenbank-Prozeß nachgewiesen, daß Herr Eduard Sanden überall zunächst seinen eignen Vorteil gesücht hat, so hat sich Egner keine Handlung nachweisen lassen, in der er gegen das Interesse der Bank auf eignen Nutzen bedacht gewesen sei. Selbst der Staatsanwalt erklärte in seiner Anklage: „Ich fühle mich verpflichtet zu betonen: Die Behauptungen, die in der Presse und im Publikum vielfach aufstachen, Egner habe sich bereichern wollen, sind vollständig unbegründet. Nicht persönliche Bereicherungsgelüste, sondern ein falscher Ehrgeiz hat Egner betrogen, mit Schmidt in Verbindung zu treten und sich mit diesem so weit einzulassen, Egner ist in verhältnismäßig jungen Jahren an die Spitze der Leipziger Bank berufen worden. Er wollte den Beweis liefern, daß er den Ruf des großen Finanzgenies, der ihm vorausging, nicht umsonst habe.“

In diesem Ehrgeiz ist thätig, wenn auch nicht das einzige, so doch eines der Hauptmotive zu suchen, das Egner zu der Verbindung mit der Tredergesellschaft führte. Die Leipziger Bank kommt als mittlere Provinzialbank nicht recht vorwärts, andre Institute überholen sie; der Direktor Dr. Fiebiger ist dem Aufsichtsrat ein gar zu ängstlicher Sicherheitskommissarius, der besorgt an der alten guten, aber nicht reiche Gewinne entzogenen geschäftlichen Handhabung steht. Es soll eine neue Kraft, die neue Verbindungen schafft, in die Bank hinein, ein gewandter Draufgänger, der die Mache in den großen Banken kennen gelernt hat und die Industrie heranzieht. Dieser Mann wird in Egner gefunden. Mit 28 Jahren

zum Leiter des alten Instituts berufen, fühlt er sich gedrängt, seinen Ruf als Finanzkünstler zu rechtfertigen. Das glückt ihm anfangs auch, und ercent über seine Mäßigkeit, spornet der Aufsichtsrat weiter nach. Da bietet sich Gelegenheit zu einer vorteilhaften Verbindung mit der Tredertröcknungs-Gesellschaft — zuerst eine recht bescheidene: die Bank räumt der Kasseler Gesellschaft einen Kredit von 200 000 M. ein, dann von 500 000. Darauf finanziert das Leipziger Institut die Erhöhung des Aktienkapitals der Tredergesellschaft auf 8 Millionen Mark, bald nachdem auf 16 Millionen Mark. Und nun geht es hurtig weiter, nicht freiwillig, sondern halb gezwungen. Ende 1898 beträgt schon die Verpflichtung der Kasseler Gesellschaft über 28 Millionen Mark. Noch wäre es Zeit, die Last abzulösen und eine Sanierung vorzunehmen, die Aktien zusammenzulösen und das Kapital wie die Geschäfte der Bank einzuschränken. Aber das hieße die Bank auf den früheren oder einen noch kleineren Stand zurückbringen, hieße auf alle größeren Projekte verzichten. Die Alternative ist gar zu bitter — und so geht es vorwärts, immer mehr häuft sich die Schuld der Kasseler Gesellschaft, und schließlich folgt der Zusammenbruch.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 24. Juli.

Zuhälterdienste für den Zollwucher.

Die „Kreuz-Zeitung“ hat nun inzwischen eingesehen, daß sie von ihrem neuen Special-Obm hineingelegt worden ist. Sie wird wohl senkend zu Mag Lorenz gesagt haben, wie der eben verstorbene Polizeirat Krüger zu seinem Haupt: Schaffen Sie uns doch kräftigeres Material — sonst können wir den 7/8 Mark-Zoll nicht durchschwindeln. Um die Ehre zu retten, drückt sie jetzt die Citate sinngemäß ab. Das ist aller Achtung wert, und wir sind nicht so ausschweifend, zu fordern, daß sie nun auch unsere gestrigen Bemerkungen korrekt wiederzieht.

Mit dem zusammenhängenden Abdruck der wirklichen Meinungen Kantatsch ist für uns der Fall hinsichtlich der „Kreuz-Zeitung“ erledigt. Wir haben keinen Anlaß, die Intelligenz der „Kreuz-Zeitung“-Leser übermäßig hoch einzuschätzen. Immerhin haben wir so viel Vertrauen zu ihrem Verstand, daß sie, wenn sie die „ungeheuerlichen“ Darlegungen jetzt im Zusammenhang lesen, sich über den Reinfall ihres Leibesblattes lebhaft belustigen werden. Die Konzeptionen an den Liberalismus nach 1806 und 1870 mögen ihnen ja sehr unangenehm gewesen sein, aber unter dem Gesichtspunkt des Hochverrats haben sie diese Entwicklung sicherlich niemals betrachtet; das hat erst Mag Lorenz entdeckt. Ebenso wissen sie nach aus der Schule, daß jene Zeit nach Jena, da nach dem Zusammenbruch des feudalen Junkertums das freigeistliche Bürgerium die Führung an sich riß, als die „Wiedergeburt Preußens“, nicht als die Epoche des bürgerlichen Vaterlandsverrats, bezeichnet wird; auch diese letzte Meinung hat erst Mag Lorenz aufgebracht.

Die „Kreuz-Zeitung“ that zwar noch ein bißchen, als ob sie auch auf Grund der vollständigen Citate ihre gestrigen Denunziationen anrecht erhält. Aber sie spricht doch nicht mehr davon, daß die Socialdemokratie im Fall eines Krieges das Vaterland im Stich lassen werde, wenn ihnen nicht zuvor Konzeptionen gemacht seien, sondern sie malt nur noch das folgende harmlose Schreckensbild:

„Die Socialdemokratie soll und wird bei äußeren Verwicklungen es versuchen, die Herrschaft an sich zu reißen; das wird ihr am sichersten gelingen, wenn der Krieg unglücklich für Deutschland ausfällt, und das Heer genügend socialdemokratisch infiziert ist.“

Die verfeckte Andeutung, als ob die Socialdemokratie einen unglücklichen Krieg wünschete, ist noch von den Fingern des Herrn Mag Lorenz abgefärbt. Im übrigen aber könnte die Entwicklung thätiglich dahin führen, wenn wir an der historischen Vergangenheit die Zukunft messen. Im Falle eines militärischen Zusammenbruchs würde das Junkertum voraussichtlich wie seine Väter 1806 schleunigst die unrentable nationale Bestimmung aufgeben. Und auch von der Bourgeoisie wäre kein heroischer Widerstand zu erwarten; ihr ist es gleichgültig, unter welcher Flagge sie ihre Geschäfte betreibt. So würde denn das Proletariat auch dazu berufen sein, das Recht nationaler Selbstbestimmung, im Zusammenhang mit ihren socialistischen und demokratischen Aufgaben, zu schützen, mag die „Kreuz-Zeitung“ solch Thun dann auch als Hochverrat schmähen und Herr Mag Lorenz sich über diese Ansehung gegen die „Autorität“ entsetzen.

Zu den Lorenzischen Fälschungen gehörte auch, daß er den Satz ausliefere: „Der Militarismus kann nur noch dadurch gebrochen werden, daß das Militär selbst unzuverlässig erscheint, nicht dadurch, daß es vom empirischen Volke besiegt wird“ — entgegen seinem klaren Sinn auf den Kampf gegen den äußeren Feind bezog, während er natürlich wieder nur die selbstverständliche Notwendigkeit ausdrückt: Daß je mehr die socialdemokratische Aufklärung im Volke sich verbreitet, um so zahlreicher Männer ins Heer eintreten, die vorher Socialdemokraten waren, bis schließlich das Heer nur noch aus socialistisch gestimmten Soldaten besteht. Daß eine solche Armee mit freiem Vorentzug und zäherem Heldennut das Vaterland gegen jede Vergeßlichkeit verteidigen würde, als unformierte Anrechtlosen, die willenlos dem Zwang gehorchen — ist klar. Ebenso selbstverständlich aber ist es, daß ein so veredelttes Heer kein brauchbares Instrument mehr ist, um im Interesse einer herrschenden Klasse die eignen Volksgenossen niederzujarteten. Diese naturnotwendige Entwicklung mag den Junkern fatal sein, es giebt aber gegen sie kein Mittel, es müßte denn sein, daß auf den Militärdienst aller Socialdemokraten verzichtet wird. Es ist auch eine fromme, aus der abergläubischen Angst um den Zollwucher geborene Illusion der „Kreuz-Zig“, daß die künstliche Wiedereinführung des

Agrarstaaten die Rettung sei. Schon die letzten Wahlen haben gezeigt, daß auch das ländliche Proletariat, Landarbeiter und Kleinbauern, den sozialistischen Befreiungsgedanken zu begreifen beginnen; und die nächsten Wahlen werden dem Junkertum noch manche unangenehme Ueberraschung bieten. Daß aber auch der Agrarstaat keine Gewähr bietet, daß die Volksmassen sich in elender Sklaverei zu Gunsten privilegierter Minderheiten erhalten lassen, dafür bietet doch gerade in unsrer Zeit die revolutionäre Bewegung im Agrarstaat Rußland mit seinen Bauernrevolten und politischen Attentaten eine Fülle von Beweisen.

Während die „Kreuz-Zeitung“ ihren Max Lorenz preisgibt und die Fälschung durch Abdruck der vollständigen Darlegungen Skandals eingesteht, erklärt sich die Redaktion der „Post“ natürlich mit dem päpstlichen Solidarität. Wenigstens sträubt sie sich einseitig, Skandals Darlegungen im Zusammenhang wiederzugeben. Der Max Lorenz der „Post“ begnügt sich — ein ungemein spärliches Verfahren — sich selbst, nämlich den gestrigen Max Lorenz der „Kreuz-Zeitung“, zu citieren und die dräuende Fügung zu wiederholen: „Was gedenken gegenüber dieser Gefahr die leitenden Männer zu thun, die in erster Linie berufen sind, vor Gott und der Geschichte die Verantwortlichkeit für die Sicherheit des Vaterlandes zu tragen?“ Max Lorenz schließt sich dieser Frage des Max Lorenz an, deren Antwort natürlich so lauten soll, daß die leitenden Männer von der Sicherheit des Vaterlandes willen vor Gott und der Geschichte — 7/8 Mark Zoll zur Verfügung stellen. Der Vorkandidat halber sei noch erwähnt, daß der konservative „Reichsbote“ anständig genug ist, um zuzugestehen: „In den skandinavischen Darlegungen eine Aufforderung und Erziehung zum Hochverrat zu erblicken, wie dies verschiedene rechtsstehende Blätter thun, geht uns über die objektive nachweisbaren Grenzen hinaus.“

Den Gipfel des Komischen aber erreicht das Regierungsblatt, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“. Sie druckt noch — nach unsren Feststellungen — am Donnerstagabend das gefälschte Entsetzen der „Kreuz-Zeitung“ ab, obwohl sie doch gar nicht für den 7/8 Mark-Zoll eintreten darf. Die gemahregelten, geistreichen Stechbriefbeamten der Prager Polizei scheinen in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ Anstellung gefunden zu haben. . . .

Druckfehler-Verrückung. In der gestrigen Notiz muß es u. a. heißen: Auf der ersten Seite Zeile 4 von unten „Kriegsgerichte“; zweite Seite (hinter dem „Post“-Titel) „ein konservativer Historiker wenig (statt weniger) einwenden“; sechs Zeilen weiter: „Die selbst ohne die Erläuterungen klaren (nicht: klareren) Sätze“.

Die neue Aera in der Arbeiterpolitik.

London, 22. Juli. (Fig. Ver.)

Heute ist der erste Jahrestag des Zoll-Gesetzes. Socialistische Geschichtsschreiber dürften gut thun, sich diesen Tag zu merken und ihn rot zu unterstreichen. Denn die Erfahrungen der letzten zwölf Monate scheinen vielfach darauf hinzuweisen, daß der Entschluß eine neue Aera in der englischen Arbeiterpolitik eröffnete.

Der Schreiber dieser Zeilen kann auf keinen Fall des Optimismus geziehen werden. Im Gegenteil. Er hat oft die Lage in diesem Lande gezeichnet; sie waren dem stagnierenden sozialen Leben Englands entnommen. Die Stagnation scheint nun zu Ende zu sein. Wir stehen am Vorabend einer politischen Arbeiterbewegung. Das englische Proletariat, das gewerkschaftlich organisiert ist, macht jetzt den systematischen Versuch, sich von den bürgerlichen Parteien loszulösen. Es hat zwar noch kein socialistsches Programm und es wird noch lange dauern, bis es ein solches annimmt, aber es arbeitet unbewußt nach der socialistischen Richtung, nach einer rein proletarischen Klassenpolitik. Die nächsten parlamentarischen Hauptwahlen werden große Ueberraschungen bringen.

Ein sehr beachtenswertes Vorpostengefecht spielt sich jetzt aus Anlaß der Erziehung in Ulster (Ramsfild) ab. Wie bekannt, wurde der liberale Abgeordnete für Ulster, Sir U. J. Rath-Schultze, zum Peer erhoben, er tritt in das Haus der Lords ein, wodurch eine Reuewahl nötig wurde. Der einzige Kandidat ist jetzt Mr. Chadleton, der Sekretär der Arbeiter von Darwen. Die liberale Partei wollte ihn für sich reklamieren und ihn als liberal-Labour, d. h. als liberalen Arbeitervertreter, unterstützen. Chadleton schlug jede Unterstützung der bürgerlichen Parteien aus: „Ich bin ein reiner Arbeitervertreter und werde mich im Unterhause keiner der existierenden Parteien anschließen.“ Chadleton gehört keiner der socialistischen Organisationen an. Seine unabhängige politische Ueberzeugung ist das Produkt der Erfahrungen der letzten zwölf Monate.

Der scharfe Instinkt der englischen Bourgeoisie hat diesen Umschwung sofort empfunden. Man denke sich: bis jetzt hat es noch keine der bürgerlichen Parteien gewagt, einen Gegenkandidaten aufzustellen. Sie fürchteten sich, den zu Tage getretenen Antagonismus (Gegensatz) durch einen Kampf zu verschärfen.

Die Konservativen haben bereits darauf verzichtet, in den Wahlkampf einzutreten. Gebildete liberale Politiker haben es abgelehnt, gegen Chadleton aufzutreten. Findet nun die liberale Partei in den nächsten Tagen keinen Kandidaten, so wird der Gewerkschaftskandidat gleich bei der offiziellen Nomination, d. h. ohne eigentlichen Wahlkampf zum Vertreter von Ulster bestimmt.

Nach dem Gesagten ist es überflüssig, noch besonders hervorzuheben, daß diese Vorgänge in parlamentarischen Kreisen mit tiefstem Interesse verfolgt werden. Man sieht, daß die liberale Arbeiterperiode, die seit 1875 dauerte, zu Ende geht.

Der Entschluß der Vorrichter vom 22. Juli 1901 hat den Abschluß dieser Periode zweifellos beschleunigt. In einem der scharfsinnigsten politischen Pamphlete, in den „Times-Reviews“, schreibt der große Unbekannte in seiner ersten Epistel vom 21. Januar 1789: „Die reine und unparteiische Rechtsverwaltung ist das festeste Band, das den freiwilligen Gehorsam des Volkes sichert und es mit Liebe an die bestehende Regierung fesselt. Es ist nicht genug, daß das private Recht geschützt oder daß die Justiz über die gemeine Korruption erhoben ist. Sogar ein Justizies war unparteiisch, wenn das Interesse des Hofes nicht im Spiele war. Ein Richter kann noch einer andern Parteilichkeit unterworfen sein — einer Parteilichkeit, die wichtiger und verderblicher ist, da sie nicht die Individuen, sondern das ganze Gemeinwesen betrifft. Ein Richter, der sich in der Entscheidung von Privatprozessen gerecht genug zeigt, kann nichtsdestoweniger zum Verräter des Publikums werden. Sucht sich die Regierung ein Opfer aus, so wird ein solcher Richter sich als Exekutor anbieten. Er wird sich kein Gewissen daraus machen, seine Würde zu schänden, sein Amt zu entheiligen, sobald die Regierung oder der Hof entschlossen ist, sich an irgend einer Person zu rächen.“

Deutsches Reich.

Ins Gefängnis

am Plöhensee wandern diesen Freitag unsre Kollegen Schmidt und John, der erste für sechs, der andre für sieben Monate.

Sie haben, auch an der Enge unsres Preßgesetzes beurteilt, nichts gefündigt. Sie haben keine falsche Nachricht gebracht, sie haben

auch in der Form nicht gefehlt. Sie haben sich die schweren Strafen zugezogen, weil der gewaltige Eindruck der Verichte über die deutsche Kriegsführung in China eine Sühne und — Abschwächung erheischte.

Schmidt hatte ein Telegramm aufgenommen, daß von einer deutschen Massenexekution der Chinesen berichtet. Er hatte dies Verfahren „etwas summarisch“ gefunden. Die Thatsache war richtig, der Vorgang war sogar schlimmer, als aus dem Telegramm hervorging, denn die erschossenen Chinesen hatten nicht etwa gegen deutsche Truppen gefehlt. Sie sollten sich — sollten sich — gegen Chinesen freier vergangen haben. Die deutsche Militärbehörde hatte sich also das Amt chinesischer Justiz angeeignet. Und warum erfolgte die Verurteilung? Die militärischen Zeugen behaupteten, es seien nicht ein — wie das Telegramm angab —, sondern 3 zu 1 chinesische Zeugen vernommen worden, um die Schuldfrage „festzustellen“; auch wären die Zeugen nicht so jung gewesen, wie sie ansahen. Jene welche kriegsgerichtlichen Akten waren nicht vorhanden. Mäße die „Schuld“ der armen Teufel, die damals in China hingerichtet wurden, genauer festgestellt worden sein als die ihres Kollegen Schmidt, der die kleine nebensächliche Unrichtigkeit mit sechs Monaten Freiheitsverlustes büßen muß.

John hatte jenen Soldatenbrief abgedruckt, in dem sich ein deutscher Chinalämpfer selbst schändlicher Handlungen bezichtigte. Wir hatten einen umfangreichen Wahrheitsbeweis angeboten. Das Landgericht schnitt ihn ab — weil die behaupteten Thatsachen und Handlungen Urteile seien. Das Reichsgericht unterschrieb mit einer geradezu unverständlichen juristischen Konstruktion die wunderbare Auffassung der ersten Instanz. Wegen formaler Beleidigung muß John auf sieben Monate nach Plöhensee zurückkehren, wo er schon wiederholt im Dienste der Wahrheit weilen mußte.

Das bürgerliche Rechtsbewußtsein ist völlig erloschen. Nirgends hat sich in der bürgerlichen Presse eine Stimme der Kritik über diese Justiz hervorgehoben. Im Gegenteil, man hörte hundertfältig die elende Lüge: Nun sei der Schwindel der Hummerbriefe festgestellt. . . . Ja, wenn solche Urteile in Frankreich gefällt worden wären — die Specialtelegramme der Enttäuschung wären gestört!

Der preussische Kriegsminister kann nun die Bilanz des Chinasfeldzugs ziehen: eine viertel Milliarde Kosten, einige Einbußen an deutschen Soldaten, weithin verwüstete Dörfer, zu Tausenden gefallene Chinesen, furchtbare Massenmordungen, — das sind die Hauptposten des Verlustes. Und der Gewinn? In Sanssouci die astronomischen Instrumente und in Plöhensee ein paar „Vorwärts“-Redacteurs!

Wir unsren beiden Genossen aber hoffen wir, daß sie die Leidenszeit gefundentlich nicht allzu stark beeinträchtigen werde, und daß sie das Wohl für Wahrheitelämpfer mit der ungebeugten Entschlossenheit verlassen mögen, auch fernerhin gegen jegliches Dummertum aufzutreten, in welcher Form es sich immer zeige.

Die geschlossene Gesellschaft. Das Kammergericht hat die Auffassung des Ober-Verwaltungsgerichts über den Begriff der geschlossenen Gesellschaft für zu enge erklärt und seinerseits folgende Grundzüge aufgestellt:

1. Eine „geschlossene“ Gesellschaft ist ein noch außen hin abgegrenzter Kreis von Personen, welche nach innen mit einander verbunden sind. Diese innerliche Verbindung kann auf persönlichen Beziehungen beruhen, welche zwischen den Mitgliedern bereits bestehen oder durch die Vereinigung hergestellt werden sollen, oder aber auf der Gemeinsamkeit des sachlichen Zwecks.

2. Ein Krankenunterstützungsband von Handwerklern sowie ein Gesangsverein können ohne Rechtsirrthum als geschlossene Gesellschaft angesehen werden.

3. Die Zulassung von Gästen macht die von geschlossenen Gesellschaften veranstalteten Tanzlustbarkeiten nicht zu öffentlichen.

4. Unter Gästen im Sinne der hierfür maßgebenden Vorschriften versteht man Personen, welche auf Grund persönlicher oder sachlicher Beziehungen von der veranstaltenden Gesellschaft oder von Mitgliedern derselben eingeladen oder von der Gesellschaft zugelassen oder von Mitgliedern eingeführt sind. Hierbei macht es keinen Unterschied, ob die Einladung an einzelne Personen oder an ganz individuell begrenzte Personengruppen, insbesondere andere geschlossene Gesellschaften, ergeht.

5. Essentia ist eine Tanzlustbarkeit nur dann, wenn die Teilnahme einer nach Zahl, Art und Individualität unbestimmten Mehrheit von Personen freisteht.

Selbstverständlich bleibt diese Entscheidung des obersten preussischen Strafgerichts für die preussischen Polizeibehörden Lust, und es wird in jedem einzelnen Fall von dem Eintreten einer Bestrafung abhängen, ob den polizeilich unbeliebten Vereinen die freiere Auffassung des Kammergerichts zu gute kommt. Das Wesen des berühmten sogenannten Rechtsstaates besteht ja nicht darin, daß Recht herrscht, sondern daß nur recht viel vom Rechte gesprochen wird.

Ueber das Befinden des Königs von Sachsen wird vom Donnerstag gemeldet: Es sei eine wesentliche Besserung eingetreten; Fieber ist nicht mehr vorhanden, der König hat stundenweise das Bett verlassen.

Zum preussisch-sächsischen Eisenbahnkriege. Das „Dresdener Journal“ weist darauf hin, daß eine Anzahl sächsischer und nicht-sächsischer Preßorgane sich neuerdings mit den Verhältnissen der sächsischen Staatsbahnen, den insolge des damaligen Rückganges des wirtschaftlichen Lebens bei ihnen eingetretenen Einnahmearückfällen und darum gemindertem Erträgen beschäftigt und dabei das Aufgeben der sächsischen Eisenbahnhöflichkeit und Eisenbahnselbstständigkeit in dieser oder jener Form empfahlen habe. Demgegenüber erinnert das „Dresdener Journal“ an die am 9. Mai in der Zweiten Kammer abgegebene Erklärung des Finanzministers Dr. Müller, in welcher dieser ausdrücklich feststellte, daß die sächsische Regierung zu keiner Zeit daran gedacht habe, sich ihrer Eisenbahnhöflichkeit in der einen oder der andern Form zu entäußern, welche Stellungnahme die volle Zustimmung der großen Mehrheit der Volksvertretung fand. Seitdem habe sich an der Lage der Sache und ihrer Beurteilung und Behandlung seitens der maßgebenden Faktoren nichts geändert.

Ob Preußen den sächsischen „Bruder“ durch seine scharfe Kontinenz nicht doch schließlich zur Kapitulation zwingen wird? —

Katholische Gewerkschaften. Von Trier aus wird ein gerundetes Rundschreiben an die katholische Geistlichkeit erlassen, aus dem hervorgeht, daß am 26. Juni in Trier eine Versammlung von 120 Geistlichen in Anwesenheit des Bischofs Romung gelang hat, um über den Ausbau der katholischen Arbeitervereine zu spezifisch katholischen „Gewerkschaften“ zu beraten. Der Ausbau soll geschehen „gemäß den Lehren, die in der Encyclika Rorom novarum und dem hiesigen Pastoralen enthalten sind“; sie sollen „auf katholischen Prinzipien beruhen“. Man will den schon bestehenden und noch zu gründenden katholischen Arbeitervereinen zunächst festgesetzte Organisationsformen geben. Hierzu sagt das Trierer Rundschreiben: „Eine gedeihliche Förderung dieser Arbeit wird aber nicht zu hoffen sein ohne die wohlwollende Mitwirkung durch Arbeit, Empfehlung und materielle Beihilfen auch seitens der katholischen Kreise, die nicht dem Arbeiterstand angehören, und vor allem seitens unsres hochwürdigen Klerus.“ Das Rundschreiben erucht dann: „die hochwürdigen Herren Konfratres mögen sich zu einem Verein für soziale Wohlfahrt“ zusammen thun, dessen Mitgliedschaft erworben werden soll durch einen Mindestbeitrag von 3 M., ohne daß damit der Wohlthätigkeit des Einzelnen Schranken gesetzt würden.“ Als Gegenleistung soll auf Wunsch die Berliner Wochenchrift „Der Arbeiter“ unjournel geliefert werden.

Das Centrum muß alle Hebel in Bewegung setzen, damit seine betrogenen Arbeiteranhänger sich ja nicht aus dem Weichtraum befreien, in den diese politischen Dummfächer sie eingewickelt haben,

Die christlichen Gewerkschaften fangen schon an, bedenkliche Selbstständigkeitsbewegungen zu zeigen; in ihnen haben die Pfaffen nicht genug Einfluß und es besteht die Gefahr, daß die Arbeiter, denen dort der Fingel etwas zu lang gelassen werden muß, selber sehen und gehen lernen. Deshalb muß man versuchen, sie unter dem Auf „katholische Gewerkschaften“ wieder in die alte feste Schaffhülle zurückzutreiben, wo der schwarze Hirte ganz allein etwas zu sagen hat und die Schafe sich ruhig scheren lassen. —

Christliche Agitation.

Aus München wird uns berichtet: Der christliche Bergarbeiter-Verband vermag in den südbayerischen Gebirgsrevieren trotz aller christlichen Bemühungen nicht recht Fuß zu fassen, während die Mitgliedchaften des alten Verbandes mächtig empordrängen. Nach dem christlichen Gewerkschaftslehre in München bereist nur Braut endlich einmal die Mitgliederversammlung seines Verbandes und kam dieser Tage auch nach Pfaffenberg, wo er eine Versammlung abhielt. Als die sehr zahlreich erschienenen Mitglieder des alten Verbandes mit einer Bureauwahl verlangten, lehnte dies Braut in der ihm eignen lebenswürdigen Manier ab. Denn, sagte er, Bureauwahl sei gleichbedeutend mit Redefreiheit und diese könne nicht bewilligt werden, da die Gegner gewöhnlich nicht den nötigen Anstand wahren!

Darauf verließen die Gegner das Lokal. Braut mußte aber noch den Schmerz erfahren, daß ihn nach seiner Rede ein Mitglied seines eignen Verbandes angriff und ihn unter launischen Weisheit der Versammlung auf den Unterschied zwischen seinen Worten und Thaten aufmerksam machte. Der unbehagliche christliche Kritiker wurde dann ebenfalls erlucht, das gastliche Lokal zu verlassen.

Braut muß den Charakter der bayerischen Bevölkerung schon gar nicht kennen, wenn er meint, mit solchen Gewaltmitteln erfolgreich agitieren zu können. —

Ausland.

Der kirchliche Widerstand.

Paris, 23. Juli. (Fig. Ver.) Von papierernen Protesten sind die kirchlichen noch zu thatkräftigem Widerstand übergegangen. Wie in den besten Tagen der Dreifus-Krise, ist die „Lichtstadt“ Paris wiederum der Schauplatz reaktionärer Strafen und Bewegungen geworden. Diese Ehre teilt mit ihr vorläufig nur die Bretagne, das Land der Chonans, der sich einer durch Fuzel und Pfaffenium verblödeten Bevölkerung.

Die gestrigen Kundgebungen in Paris rufen von selbst die Erinnerung an die Dreifus-Zeiten nach. Sind es doch wesentlich dieselben Elemente, die damals wie heute zu dem in Frankreich ungeheuerlichen und außerordentlichen Mittel des Straßenprotestes greifen. Ein neues Element bilden nur die Frauen, die Mütter der kirchlichen Jünglinge, während die verkleideten und unformierten Offiziere von ehemals jetzt naturgemäß durch kriegerische Pfaffen ersetzt werden. Somit ist es das bekannte Personal der nationalkirchlichen Kundgebungen: die adlige und bourgeois goldene Jugend, patriotische Handlungsgesellschaften, erwachsene und halberwachsene kirchliche Jünglinge, Mitglieder der monarchistischen und nationalkirchlichen Vereine aller Schattierungen mit den antisemitischen Anführern voran und dann natürlich der hauptsächlichste Jungher. Der letztere hat gestern die kirchliche Schildehebung zur Verwilderung eines Straßenkampfes benutzt.

So steht die „Erhebung des Volkes“, das „Erwachen von Paris“ die „Empörung des Volksgewissens“, das „aufgehobene Paris“ aus, wovon die Triumph-Kette der kirchlich-nationalistischen Zeitungen zu erzählen wissen. Demgemäß wechselten die Hufe jenes „Volkes“ auf die „Freiheit“ und die „König“ mit Niederrufen gegen Juden und Freimaurer, während die gegen die Manifestanten herantretende „republikanische Garde“ (berittene Polizei) von ihnen mit dem altgewohnten nationalkirchlichen Lösungswort: „Hoch die Arme!“ empfangen wurde.

Zunehmend aber sind die Kundgebungen bedeutsam genug. An ihnen lassen sich drastisch die Ergebnisse der schleichen kirchlichen Versenkungsarbeit bemessen. Noch vor einem halben Menschenalter würde man denjenigen auslachen, der die Möglichkeit einer kirchlichen Straßenkundsgebung in Paris unter Beteiligung von Pfaffen in Soutane vorausgesetzt hätte. Als vor 20 Jahren das Ministerium Herr einige Mönchsorden auseinander treiben ließ, da fanden sich vor ein paar verbarbarisierten Klöstern als Protestler nur schäblicher geistliche Seminarhelfer ein. Seitdem hat — nach einem Worte Franz Mehrings über den deutschen Kulturkampf — der römische Pfaffen den französischen Gendarmen so trefflich abzutrompseln verstanden, daß er auf den Hauptstraßen des „gottlosen“ Paris zahlreiche und selbstlichere Trupps Manifestanten mobil machen kann.

Dieses Resultat ist freilich nicht allein der Schamheit und der jähren Energie der Kirche zuzuschreiben, wie sich das die bürgerlichen Kur-Pfaffenfreier einbilden. Ja, die Kirche spielt dabei nicht einmal die Hauptrolle. Sie hat im Grunde nur die Entwicklung und Verschärfung des modernen Massenkampfes in ihrem Interesse mit gewohnter Meisterschaft anzunehmen gewußt. In Frankreich wurzelt ihre Kraft in der immer sich steigenden Reaktionsgesinnung der Bourgeoisie, die gegen das socialistische Proletariat bei der Kirche Schutz sucht und findet. Es ist kein Zufall, daß die ersten Versöhnungsversuche zwischen Bourgeoisrepublikanern und kirchlich-monarchisten gleich nach den ersten großen Wahlerfolgen der Socialisten (1893) stattfanden. Ebenso gründlich hat sich die Kirche dem Nationalismus, diese demagogische Form der bourgeois Reaction, zu nahe gemacht. Der internationale katholische Klerus mit seiner römischen Spitze machte fanatisch in französischen Chauvinismus, schürte unter patriotischer Maske die Hays gegen Juden, Freimaurer und französische Protestanten, die in den regierenden Kreisen der dritten Republik als begrifflichen Gründen allerdings einen hervorragenden Platz einnehmen. So ist es dazu gekommen, daß das kirchliche Interesse einerseits zu einem bourgeois und andererseits — für die national-chauvinistischen Parteigänger — zu einem patriotischen Interesse erweitert und befördert wurde.

Man braucht sich nur die Parteigruppierung anzusehen, die sich durch die antiklerikale Aktion des Ministeriums Combes reiner dem je instabillert hat. Da findet man bilden und drüben dieselbe Schlachtordnung wie zur Zeit der Dreifus-Krise, nur noch in viel reinerer Absonderung. Für die „Freiheit“, die ich meine, für den kirchlichen Schulunterricht kämpft alles, was großbürgerlich und nationalkirchlich ist — vom führenden Organ der republikanischen Bourgeoisie, dem „Temps“, bis zum Demagogen Rochefort, der sonst mit dem gleichen Recht auf seine „atheistische“ wie auf seine „socialistische“ Gesinnung pocht.

Doch die politische Vertiefung und Ähtere Verschärfung des Kampfes um die Mönchsorden ist nur geeignet, der Regierung den Rücken zu stärken durch die um so tieferen Sympathien, die ihr an sich nicht gerade welterschütterndes Vorgehen in den demokratischen und socialistischen Schichten erweckt. Diese Schichten empfinden es als eine Demütigung, daß die kirchlichen der Pariser Straßen unsicher machen dürfen. Aus diesem Gefühl heraus haben zahlreiche socialistische und radikale Organisationen, darunter namentlich Studenten und Jugendvereine, für heute abend im Studentenviertel eine antiklerikale Strafenkundsgebung anberaumt, eine Antwort auf die gestrigen Anstöße und ein Gegenstück zu der für denselben Abend in demselben Stadtviertel geplanten kirchlichen Kundgebung. Da wird wohl die Polizei ihre gewohnte Mentalität wiederfinden, die sie gestern ausnahmsweise den gutgesimmten Protestlern gegenüber nicht geübt hat. Die Polizei gehört eben auch zu den Mächten,

die in jeder halbwegs demokratischen Regierung so was wie eine Rebellion gegen die bestehende Ordnung erblicken. —

Als die belgischen Parteigenossen für das Wahlrecht demonstrierten, geisterte die gesamte liberale Presse über diese Auflehnung gegen diese Autorität des Staates. In Frankreich gehen jetzt dieselben Liberalen im Kampfe gegen die Staatsgesetze auf die Straße, wo sie allerdings sich nur als Madonnenbänder aufhängen.

Die Donnerstag-Telegramme melden vom libanesischen Kriegsschauplatz:

In Paris und im Seine-Departement haben nach Ablauf der gewöhnlichen Frist 30 derjenigen Klosterschulen, denen der Sperrungsbefehl zugegangen ist, den behördlichen Anordnungen nicht entsprochen. Der Ministerrat wird am Freitag, wie der „Matin“ meldet, ein Dekret erlassen, um gegen diese säumigen polizeilichen Anordnungen bei dem Kaiser sprechen zu lassen, das in der Ausgleichsfrage noch große Gegensätze vorhanden sind.

Oesterreich-Ungarn.

Der Ausgleich. Ministerpräsident Szell reist Freitag nach Wien, wo er mit dem österreichischen Ministerpräsidenten beim Kaiser zusammenkommt. Die wiederholten Begegnungen der beiden Ministerpräsidenten bei dem Kaiser sprechen dafür, daß in der Ausgleichsfrage noch große Gegensätze vorhanden sind.

Frankreich.

Aus der sozialistischen Parteibewegung.

Paris, 22. Juli. (Fig. Ber.) Die revolutionäre Sozialistische Einigkeit läßt soeben die erste Nummer ihres monatlichen „Bulletin Officiel“ erscheinen, das die Sitzungsprotokolle des Centralrates und der Kommissionsarbeiten, die politischen Abstimmungen der letzteren und sonstige wichtigere Parteihandlungen zu verzeichnen bestimmt ist.

Die vorliegende Nummer bringt u. a. die Antwort der revolutionären sozialistischen Kommissionsfraktion auf den Vorschlag von 7 sozialistischen Deputierten auf Vereinigung der beiden sozialistischen Kommissionsfraktionen. Die Antwort lautet: „Werte Genossen! Als Vertreter und parlamentarische Organ der Sozialistischen Partei Frankreichs haben wir auf der Grundlage ihrer Erklärungen die revolutionäre sozialistische Fraktion gebildet. Wie im Protokoll unserer ersten Sitzung gesagt wird, haben wir in Uebereinstimmung mit unserer Partei unsere Fraktion aufrecht erhalten, weil die Gründe, die zu ihrem Entstehen geführt hatten, mit derselben Kraft fortwirken wie je. Wir können also nicht Eurer Einladung zur Verschmelzung folgen. — Wie erklären Euch übrigens, Genossen, daß wir nicht bereit sein werden, durch Vermittlung unserer zwei Sekretäre mit Euren Delegierten sowie mit allen anderen in Beziehungen zu treten, jedesmal, wenn eine besondere Gelegenheit das erfordert wird.“

Es sei erinnert, daß die ministerielle-sozialistische Fraktion ihrerseits grantwortet hat, „mit Vergnügen ein Verständigungscomité zu stände kommen zu sehen“. Für ein Zusammengehen von Fall zu Fall stellen also keine Hindernisse entgegen.

Dem „Bulletin Officiel“ ist ferner zu entnehmen, daß die revolutionäre Fraktion zwölf Mitglieder zählt. Drei weitere Deputierte, auf die man nach den Wahlen gerechnet hat, sind ihr nicht beigetreten. Die Stärke der ministeriellen Fraktion läßt sich nicht angeben, da sie bisher kein Mitgliederverzeichnis sowie auch kein Manifest veröffentlicht hat. —

Afrika.

Keine Verschönerungspolitik. In seiner Antwort auf die Anfrage, ob Dr. Leyds nach Südafrika abgereist sei, erklärte im englischen Unterhause Chamberlain, es würde überhaupt Personen, die nicht Afrikaner von Geburt seien und die am kriegerischen Anteil genommen haben, die Rückkehr nach Südafrika nicht gestattet.

Der König gab seine Zustimmung zur Ernennung einer königlichen Kommission unter dem Vorsitz des Lord-Oberrichters Lord Alcestone, die nach Afrika gesandt werden soll und die auf Grund des Kriegesrechts gefällten Urteile der Militärgerichte untersuchen und darüber berichten soll, ob es thunlich ist, sie aufzuheben oder zu mildern.

Die Doeren. In Kapstadt wurde zu Ehren Vothas in der Halle der holländischen reformierten Kirche ein Empfang veranstaltet. Votha dankte den Afrikanern für den Empfang und sagte, er wolle ihnen die Notwendigkeit einprägen, Hand in Hand zu arbeiten, da Südafrika das einzige Land sei, das sie ihre Heimat nennen könnten. Dalarey sagte, sie hätten ihre Waffen und ihre Fahnen aufgegeben, aber nicht ihre Traditionen. Bei dem Empfange waren auch viele Engländer zugegen. —

90. Sitzung der Zolltarif-Kommission.

Berlin, 24. Juli.

An Stelle der Abg. Geher und Zubeil sind die Abg. Horn (Sachsen) und Hoch in die Kommission eingetreten.

Die Position 748 belegt Opalescentglas mit 40 M.

Gothein beantragt 30 M. Die Sozialdemokraten beantragen Zollfreiheit.

Gothein findet es sonderbar, daß diese Position, neu eingestellt, mit so hohem Zoll belegt ist. Es bestehe eine einzige Fabrik in Deutschland, der man dieses Angebinde bringe.

Stadthagen meint, man könne doch einer Ware, von der die Motive zeigen, sie sei eine amerikanische Erfindung, nicht deshalb verzollen, weil sie in Amerika erfunden sei. Durch solche Zölle werde der Handelsverkehr zwischen den Völkern erschwert und der Frieden gefährdet.

Müller-Sagan beantragt 24 M. Zoll. Geheimrat Lusensky ersucht, die Vorlage anzunehmen.

Die Position wird nach der Vorlage angenommen.

Zu Position 749, Trockenplatten für photographische Zwecke — 24 M., beantragen die Sozialdemokraten Zollfreiheit.

Stadthagen konstatiert, daß dergleichen Platten aus dem Auslande bezogen werden müssen. Man solle die bestehende Zollfreiheit beibehalten, da die Produktion im Inlande unentwickelt ist und dem Bedarf nicht genüge.

Geheimrat Lusensky äußert, gerade, weil vom Auslande bezogen werden müsse, sei ein Zoll empfehlenswert.

Gothein und Stadthagen wenden sich gegen diese Auffassung. Die Position wird nach der Vorlage angenommen.

Die Positionen 750/51, werden verbunden. 750, Drahtglas, roh, ungefüßt, auch gerippt 7 M.; geschliffen zc. 24 M.; 751, Dachpfannen und Dachziegel aus Nohglas, Tafelglas oder Drahtglas 15 M.

Die Sozialdemokraten beantragen Zollfreiheit.

Gothein beantragt für Drahtglas, roh, von mehr als fünf Millimeter dick, 3 M., für andres 7 M., für geschliffenes 24 M. und zu 751 — 10 M.

Horn-Sachsen erklärt, daß eine andre Einteilung als die des Entwurfs vonnöten sei, die sachtechnisch unzutreffend sei. Das Verfahren, Drahtglas herzustellen, sei von Siemens erfunden. Drahtglas und Dachpfannen werden so stark im Inlande konsumiert, daß deshalb die Ausfuhr allerdings nicht groß sei, aber der starke Konsum im Innern mache die Fabrication lukrativ und bedürfe keiner Unterstützung durch einen Zoll.

Gothein begründet seine Anträge und bestätigt die Darstellung Horns. Die Siemens'schen Erfindungen reiferten, die Dividenden sind hoch, der Artikel Dachpfannen sei minderwertig, man solle von Zollfreigerungen absehen.

Geheimrat Lusensky tritt für die Vorlage ein, sei ja doch der Zoll auf Draht erhöht worden, es bedinge eine Schadloshaltung.

Mollenbuhr kritisiert die mechanische Art, Zollsätze aufzustellen. Verteuere man die Glasziegel, würden sie weniger verwendet, und mit dieser Verbilligung der Dachböden erhöhe sich für die dort beschäftigten Arbeiter die Unfallgefahr und erschwere die Arbeit.

Gothein konstatiert, daß Deutschland das Haupt-Produktionsland der Welt für Drahtgeflechte ist und das Moment des Regierungsvertrages darum hinsichtlich sei.

Die Positionen werden nach der Vorlage angenommen.

Zu 752, rohes optisches Glas — 8 M., beantragt Gothein 3 M., zu 753, Nohglas in Stücken zc. 8 M., eine Verringerung des Zertes und für farbloses 8, für gefärbtes 15 M.; zu 754, 11 Hrgläser, ungechliffen 10 M., geschliffen 80 M., beantragt er 8 resp. 20 M., 755, Brillen- und Stereoskopengläser 15 M.; zu 756, geschliffene Brillengläser zc. 80 M. — 40 M.; zu 757, Brillen 120 M., Mikroskope 60 M. — 40 M. beziehungsweise 80 M., astronomische Ferngläser frei.

Die Sozialdemokraten beantragen Zollfreiheit.

Mollenbuhr stellt fest, daß die Glasindustriellen von Jännean in einer Petition sagen, man solle sie mit einem so nutzlosen Zoll auf optisches Glas verschonen. Es werde durch den Zoll eine Strafe auf die wissenschaftliche Forschung gelegt. Die deutsche Industrie optischer Instrumente sei auf den Weltmarkt angewiesen, darum sei der Zoll auf solche Waren geradezu gemeingefährlich. Ebenso werde sozuzugun ein Zoll auf das Augenlicht gelegt, wenn man die Brillen und Brillengläser verzölle. Auf den Weltausstellungen in Chicago, Paris zc. ist die Vorzüglichkeit unsrer Industrie erwiesen, für sie ist der Zoll geradezu eine Verleumdung. Im Interesse der Forschung und der angehenden Menschen sei Zollfreiheit geboten. Die Abstimmung werde beweisen, ob die Vorwürfe, die jetzt wegen der Vorgänge in Bayern gegen das Centrum erhoben werden, nämlich, daß es kulturfeindlich sei, begründet sind.

Graf Posadowsky erklärt, daß die Ansicht der Arbeiter über diese Zölle geteilt sei; es liege eine Eingabe von Glaschefs in zc. aus Rathenow vor, die für höheren Zoll eintreten, damit die Wohnlage der Arbeiter gehoben werden könne. Redner verliest die niederen Lohnsätze der dortigen Arbeiter.

Gothein, der seine Anträge empfiehlt, erwidert dem Staatssekretär, daß die Arbeiter, welche die Eingabe gemacht haben, ihre Interessen nicht wahrzunehmen verständen. Ihm, Redner, lägen gegenteilige Kenntnisse vor, auch seien Rathenower Industrielle empört über die Sachverständigen, die der Regierung die Lage unrichtig dargestellt hätten.

Regierungsrat Böcker und Geheimrat Rodak treten für die Vorlage ein.

Arendt will für den Antrag Gothein zu 752 stimmen und beantragt zu Position 753 — 8 M., zu 754 — 60 M.

Geheimrat Wermuth stellt es der Kommission anheim, bezüglich der Position 752 über eine Verringerung zu befinden, dagegen hält er an den übrigen Positionen fest.

Horn hält es für ein starkes Stück, daß man auf die Eingaben einzelner Interessenten solche Zoll erhöhungen vornehme; die Verhältnisse lägen anders als in diesen Eingaben geschildert würde; Redner erklärt diese Verhältnisse. Wenn ein Oeldereiner der Arbeiter aus Rathenow eine Petition für höhere Zölle eingereicht habe, so nehme er an, daß das ein Verein Hirsch-Dunderscheren Richtung sei. (Zurufe) Ich habe Veranlassung, dies anzuzweifeln, weil ich die Arbeiter dieser Vereine von Unternehmern mehrfach zu solchen Dingen bemerkt haben. Gewiß würden die Arbeiter schlecht gelohnt, aber der Zoll bringe ihnen keinen höheren Lohn; nicht um einen Pfennig! Gerade jetzt sei in Rathenow in der Brillenindustrie ein Streik ausgebrochen wegen schlechter Löhne. Wie nehme sich dieser Thatsache gegenüber eine derartige Petition an! Sie erscheine geradezu unbegreiflich.

Müller-Sagan und Biele treten für die Anträge Gothein ein. Das Centrum äußerte sich zu diesen kulturfeindlichen Zöllen, trotz der Provolation Mollenbuhrs, mit keinem Wort, dagegen stellte Abg. Herold-Centrum einen Schlußantrag, durch den Mollenbuhr das Wort abgeschnitten wurde.

Mollenbuhr bemerkt gegenüber dem Staatssekretär persönlich, daß er nicht im Widerspruch mit den Arbeitern sich befände, sondern daß ihm noch gestern ein Schreiben von Rathenower Arbeitern zugegangen sei, in dem er ersucht werde, alles zu thun, um die Zölle der Vorlage zu Fall zu bringen. (Hört! hört!)

Zu Position 753 wird der Antrag Gothein (3 M.) angenommen, zu 754 b der Antrag Arendt (60 M.); mit diesem die Vorlage. 755 wird nach der Vorlage, zu 756 der Antrag Arendt angenommen. 757 bleibt nach der Vorlage bestehen.

Die Positionen 758—763, Glasbehänge, Glasplättchen, Glasperlen, Glasflöhe zc. werden zusammengefaßt.

Die Sozialdemokraten beantragen Zollfreiheit.

Horn begründet diese Anträge. Wenn man diese Industrie, die mehr Kunstindustrie sei, auf einen höheren Stand bringen und konkurrenzfähig machen wolle, dann sollte man den Arbeitern bessere Löhne zahlen und sie durch Kunstschulen zu höherer künstlerischer Leistungsfähigkeit ausbilden; durch Zölle fördere man nur die Verelendung der Unternehmer.

Die Positionen werden sämtlich nach der Vorlage angenommen.

Dann werden die Positionen 764—768 verbunden.

Die Sozialdemokraten beantragen Zollfreiheit.

Position 764, Glasmalereien, künstliche Augen — 42 M.; zu Position 765, Zähne aus Schmelz, in Verbindung mit Silben aus Platin 400 M., andre 150 M., beantragt Gothein 200 resp. 30 M.; 766, Glas mit Gespinnwaren, 60 M.; zu 767, Glas- und Schmelzwaren, bemalt, vergoldet, versilbert 48 M., andre 36 M., beantragt Gothein einen einheitlichen Satz von 30 M.; 768 Abfälle — frei.

Stadthagen verurteilt es scharf, daß auf Glasmalereien, Glasmosaik, Lichtbildern, künstliche Augen ein Zoll aufgelegt werde. Die Kunst solle frei sein. Auffällig sei es, daß das Centrum zu diesen Positionen kein Wort äußere, aber die hohen Zölle bewillige, da ja gerade die Glasmalerei sonst in katholischen Kreisen gepflegt worden sei. Redner wünscht Auskunft, wer die anonymen Kreise seien, welche nach den Motiven vorgeschlagen haben, die Zollfreiheit zu beseitigen. Der Zoll auf künstliche Zähne treffe heutzutage auch Arbeiter, denen aus gesundheitlichen Rücksichten sogar von Krankenkassen künstliche Gebisse verordnet werden. Auch für die übrigen Positionen sei Zollfreiheit geboten, um die Industrie zu fördern.

Gothein tritt für seine Anträge ein und wendet sich gegen den Zoll auf künstliche Augen.

Stadthagen stellt den Eventualantrag, künstliche Augen zollfrei zu lassen.

Mollenbuhr tritt für diesen Antrag ein, der nicht nur wegen künstlicher Menschenaugen, sondern auch im Interesse der thüringischen Puppenindustrie gestellt sei.

Geheimrat Lusensky erwidert Stadthagen, daß wirtschaftliche Interessenten die Aufhebung der Zollfreiheit für Glasmalereien vorgeschlagen hätten. Redner empfiehlt die Regierungsvorlage.

Die Positionen werden sämtlich nach der Vorlage angenommen.

16. Abschnitt: Edle Metalle und Waren daraus.

A. Gold, Feingold in allen Formen — frei; 770, Regiertes Gold, gehämmert oder gewalzt — 250 M.; 771, Waren, ganz oder teilweise aus Gold, unpoliert, 300 M.; poliert, Waaggold 600 M. Damit verbunden werden die Positionen 680, Edelsteine, geschliffen — 60 M.; in anderer Weise gefaßt 600 M., und 681, Halbedelsteine, bearbeitet 60 M.; gefaßt zc. 175 M.

Graf Kanitz beantragt eine andre Fassung der Position 771. Die Sozialdemokraten beantragen Zollfreiheit.

Gothein beantragt, die Position 770 zu streichen und Position 771 im Text zu ändern und Sätze von 250, 300 und 600 M. einzufügen.

Gothein und Graf Kanitz empfehlen ihre Anträge aus zolltechnischen Gründen.

Hoch bemerkt, allerdings komme der Zollbetrag gegenüber dem Wert dieser Waren nicht in Betracht, aber die Bijouterie werde geschädigt. Die Diamantindustrie liegt in Gana u vöslig darnieder, sie beschäftigte früher 300 bis 400 Arbeiter, jetzt ca. 60. Dabei sei der Lohn auf die Hälfte, ja bis auf ein Viertel der früheren Höhe gesunken, trotzdem ein Arbeiter ein neues Verfahren der Diamantschleiferei erfinden habe, die sogenannte trockene Methode. Nun habe man die Arbeiter veranlassen wollen, für einen hohen Schutz Zoll zu petitionieren, aber die Arbeiter ließen sich, bis auf 12, nicht hinerlegen. Die De Beers-Compagnie ruiniert die Hanauer Diamant-Industrie, der durch den Zoll nicht geholfen werden könne; eher treibe der Zoll noch die Industrie ins Ausland. Für die Bijouterie-Industrie dürften aber Edel- und Halb-Edelsteine noch verteuert werden. Auch werde der Schmuggel durch Zölle nicht gefördert. Redner fragt, ob im wirtschaftlichen Ausblick die Verhältnisse zur Sprache gekommen seien. Aus den Motiven erkenne man das nicht. Redner erörtert dann noch die Verhältnisse der amerikanischen Diamantindustrie, die ganz anders liegen als die deutschen. Schließlich wendet er sich gegen die Anträge Kanitz und Gothein und empfiehlt Zollfreiheit, da auch Interessentenkreise der Goldindustrie keinen Zoll wünschen. Dagegen wünschen die Interessenten bei dem Abschluß von Handelsverträgen günstige Ansehungsbedingungen zu bekommen, dann wollen sie gern auf alles andere verzichten.

Geheimrat Rodak erörtert zolltechnische und handelspolitische Fragen und empfiehlt die Vorlage.

Badischer Bundesrats-Bevollmächtigter v. Scherer tritt für die Vorlage ein, die der Pförzheimer Industrie entspreche.

Gothein meint, wenn der Vorredner gesagt habe, er wolle ein mal für die Vorlage eintreten, so habe er damit sagen wollen, daß das ein Ausnahmefall sei. Aber gerade diese Empfehlung der Vorlage sei am unrechten Platze, denn die Bijouterie-Industrie sei auf den Export angewiesen.

Bundesrats-Bevollmächtigter v. Scherer erklärt, die badische Regierung habe seiner Zeit dem Entwurf freudig zugestimmt, sie halte ihn für ein verdienstliches Werk; natürlich habe sie auch noch keine Separatwünsche. Redner habe schon mehrfach die Vorlage verteidigt.

Die Positionen werden sämtlich nach der Vorlage angenommen, ebenso die Nummerung.

Schluß der Sitzung 9/3 Uhr. Nächste Sitzung: Freitag 8 Uhr.

Partei-Nachrichten.

Kommunalwahlen in Bayern. Die Würzburger Partei genossen hatten sich mit der Frage zu beschäftigen, ob es sich lohne, selbständig in die diesjährigen Gemeindevahlen einzutreten. Ein darauf hingelender Antrag wurde mit geringer Majorität abgelehnt, dagegen ein anderer Antrag angenommen, demzufolge an den Magistrat das Ersuchen gestellt werden soll, die Wahl nach Bezirken vornehmen zu lassen. Geschieht dies, so wird die Partei in den aussichtsreichen Bezirken eigne Kandidaten aufstellen.

Reichstags-Kandidaturen. Im Wahlkreise Weiden (Oberpfalz) wurde für die nächste Reichstagswahl von unsrer Partei der Leiter des Ganer Nordbayern, Genosse Karl Nürnberg, als Kandidat aufgestellt. In der nächsten Zeit soll eine energische Agitation in den oberpfälzischen Centramdomänen entfaltet werden, da sich die Bevölkerung an vielen Orten für unsre Ideen sehr empfänglich zeigt und das Centrum selbst eifrig dafür sorgt, daß es bei seinen eignen Anhängern jedes Ansehen verliert.

Totenliste der Partei. In Mainz starb nach langjährigem Leiden der Tischler Karl Lohrer. Er war ein Sohn des alten Parteiveteranen Jean Lohrer, der mit Ferdinand Lassalle befreundet und schon in den 50er Jahren des vorigen Jahrhunderts für die Sache der Socialdemokratie gekämpft hat. Des Vaters Begeisterung für die Sache des Volkes war auf den Sohn übergegangen, der schon in jungen Jahren sich der socialdemokratischen Partei angeschlossen und wacker kämpfte. Als in Frankfurt a. M. der Socialdemokratische Verein gegründet wurde, übernahm er das Schriftführeramt, das er jahrelang gewissenhaft ausübte. Unter dem Socialisengeseß bekam auch er die polizeiliche Liebenswürdigkeit in vollem Maße zu kosten; er rächte sich dafür, indem er der Polizei die tollsten Possen spielte. Bei manchem Kühnen Streich war er der Anführer oder Ausfühler. Vor mehreren Jahren siedelte er nach Mainz über, wo der einst ferngestandene, kraftstrotzende Mann bald zu kränkeln anfing. Es war eine heimtückische, schleichende Krankheit, die ihn befallen hatte; die Anzeichen überließ er in der etwa dreijährigen Krankheitsdauer hat der bedauerndwerte Mann ein wahres Martyrium durchgemacht, bis der Tod jetzt den schrecklichen Qualen ein Ende bereitet hat. Lohrer hinterläßt eine Frau mit zwei unmündigen Kindern in bedrängten Verhältnissen.

Internationale socialdemokratische Zusammenkunft in Basel. In Ausführung des beglückenden Beschlusses der vorjährigen Konferenz der deutschen und österreichischen Socialisten in der Schweiz veranstaltet der Landesauschuß in Zürich in Verbindung mit dem Arbeiterbund Basel am Donnerstag, den 17. August in Basel eine internationale Zusammenkunft mit folgendem Programm: Mittags 1 Uhr Demonstrationsszug durch die Stadt, Neben auf dem Kasernenhofplatz von den Genossen Hoch-Danau, Cabrini (Italien) und Wulfschlegel-Basel. Nachher gemütliche Zusammenkunft.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— Wegen Verleumdung eines Kriminal-Schuttmannes, begangen in einer Kotiz, betitelt: „Nebereifer thut selten gut“, verurteilt das Schöffengericht in Wilhelmshaven den Genossen Jacob vom „Norddeutschen Volksblatt“ in Bant zu 200 M. Geldstrafe; der Staatsanwalt hatte einen Monat Gefängnis beantragt.

Aus Industrie und Handel.

Neue Industrie-Gesellschaft. Die Schweidnitzer Post. Nachrichten bemerken zu unsrer heutigen Mitteilung betreffs der obigen Gesellschaft: „Der „Vorwärts“ vom 24. Juni enthält die Mitteilung, in Düsseldorf habe sich „gewissermaßen als eine Unterabteilung des Centralverbandes deutscher Industrieller“ am 5. Juli ein neuer Verband rheinischer Großfabrikanten unter dem Namen „Neue Industrie-Gesellschaft“ konstituiert.“ Wir sind ermuntert, zu erklären, daß weder der Centralverband deutscher Industrieller noch die rheinische Großindustrie mit der „Neuen Industrie-Gesellschaft“ irgend etwas zu thun hat, sondern daß diese Gründung ein Unternehmen darstellt, vor welchem nicht eindringlich genug gewarnt werden kann.“

Wir haben aus dem uns zugegangenen Bericht, daß an der Düsseldorfer Verbandsgründung Leute beteiligt seien, die auch im Centralverband deutscher Industrieller eine Rolle spielten, geschlossen, daß es sich hier um einen Ableger des Centralverbandes handle, der die dem letzteren unbecommenen Geschäfte übernehmen sollte. Wenn dies nicht der Fall ist und der Centralverband nichts mit der neuen Gründung zu thun haben will, um so besser.

Zum Leipziger Bankprozeß. Nach einer „Lassau-Meldung“ hat ein großer Teil der Aktionäre der Leipziger Bank beschlossen, gegen die wegen Verschleierung zu Geldstrafen verurteilten ehemaligen Aufsichtsräte der Falliten-Bank die Regreßlage anzustrengen.

Deutschlands Außenhandel im ersten Halbjahr 1902. Das soeben vom Statistischen Amt herausgegebene Juni-Heft der „monatlichen Nachweise über den auswärtigen Handel“ zeigt, daß im ersten Halbjahr 1902 die deutsche Einfuhr wie Ausfuhr etwas größer war, wie im gleichen Zeitraum des Vorjahres, jedoch gegen das erste Halbjahr 1901 um zusammen 190 Millionen Mark zurückbleibt.

Der Wert der Einfuhr betrug im letzten Halbjahre in 1000 M.: 2840 160 gegen 2751 987 und 2991 252 in den Vorjahren, daher gegen 1901 mehr 88 173 gegen 1900 weniger 151 092. Edelmetalle-Einfuhr 59 417 gegen 70 002 und 60 419. Die hauptsächlichste Zunahme gegen das Vorjahr entfällt auf Wolle und Wollewaren mit

63,1 Millionen Mark (Stückwaare 35 Millionen Mark +, Fabrikwaare 10,2 Millionen Mark +, Rammung 17,3 Millionen Mark +), Materialwaare (40,1 Millionen Mark +), Getreide (20,3 Millionen Mark +), Baumwolle, Seide, Kupfer, Vieh, während die Einfuhr von Erzen, Maschinen, Holz, Eisen, Abfällen, Öl große Ausfälle brachte.

Der Wert der Einfuhr betrug in 1000 Mark: 2286725 gegen 2186020 und 2326467 in den Vorjahren, daher gegen 1901 mehr 150705, gegen 1900 weniger 39742. Edelmetalleinfuhr: 89422 gegen 85900 und 94678. Gegen das Vorjahr hat wesentlich zugenommen die Einfuhr von Eisen und Eisenwaare (54,6 Millionen Mark), Baumwolle, Baumwollwaare und Drogen und Farbstoffen mit je rund 20 Millionen Mark mehr, Wolle und Wollwaare (+ 11 Millionen Mark), Materialwaare, Kupfer, Zint und Zinkwaare, literarischen und Kunstgegenständen, Steinen, Papier, Häuten und Fellen, Kunstschul, während die Einfuhr von Getreide, Instrumenten und Maschinen, Glas etc. erheblich geringer war.

Schulder-Gesellschaft. Nach Mitteilung der „Köln. Volkszeitung“ findet morgen die angelegte Aufsichtsratsung der Gesellschaft statt. Wie es heißt, läßt der Gewinn die Ausschüttung einer 5prozentigen Dividende zu, doch sei noch ungewiß, ob eine Verteilung in solcher Höhe erfolge.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Isolierer und Rohrumhüller beschäftigten sich in ihrer am Mittwoch abgehaltenen öffentlichen Versammlung mit dem Streit bei der Firma Vosnauky u. Streilig. Von einem anwesenden Vertreter der Firma wurden die Arbeiter ersucht, die Arbeit wieder anzunehmen und die Regelung der Differenz bis nach der Rückkehr des Herrn Samuel, der verreist ist, aufzuschieben. Da er jedoch keine Garantie für eine den Arbeitern günstige Wendung der Dinge übernehmen konnte, so wurde sein Vorschlag dankend abgelehnt und folgender Beschluß gefaßt: Die Arbeiter verlangen die endgültige Abschaffung der Accordarbeit, Wiedereinstellung der gemäßigten Kollegen, sowie Entlassung der Streikbrecher mit Ausnahme eines seit ca. 30 Jahren bei der Firma beschäftigten alten Mannes. Sollte von der Firma bis Sonnabend keine Antwort erfolgen, so behalten die Streikenden sich vor, auch noch die Erhöhung des Stundenlohns von 45 auf 50 Pf. zu fordern.

Die Sperre über die Pianofabrik von G. Schopf, Marktstr. 18, ist am 21. Juli aufgehoben worden, da der Betrieb durch Arbeitswilligkeit besetzt ist. Die Streikenden sind größtenteils schon anderweitig untergebracht. Ob der Unternehmer mit seinen neuen Arbeitskräften ebenso konformfähig sein wird, als wie früher, ist noch sehr fraglich.

Werkstatt-Kontrollkommission des Holzarbeiter-Verbandes.

Die Holzarbeiter von Ritsche u. Günther in Rathenow haben sich mit den Streikenden solidarisch erklärt. Sie werden jegliche Anfertigung von Nadelarbeit, sofern ihnen solche von der Firma zugemutet wird, verweigern.

Deutsches Reich.

Die Verschmelzung des Niederrheinischen Weberverbandes mit dem Deutschen Textilarbeiter-Verband ist in einer Konferenz der beiderseitigen Vorstände, die am 14. und 15. d. M. in Arefeld stattfand, beraten worden. Man einigte sich über die Bedingungen, unter denen die Verschmelzung stattfinden soll. Das wesentlichste dieser Bedingungen ist folgendes:

Der Vorstand des Niederrheinischen Weberverbandes stellt an die im August 1902 stattfindende Generalversammlung genannten Verbände den Antrag auf Auflösung des Verbandes. Der Verband der Weber und verwandten Berufsgruppen tritt nach diesbezüglichen Beschluß seiner am 31. August stattfindenden Generalversammlung mit seinen Filialen zum Deutschen Textilarbeiter-Verbande über und bildet mit seinen Filialen und den in Betracht kommenden Filialen des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes einen Gauverband letztgenannter Organisation. Die Leitung desselben wird einem Gauvorstand übertragen, der seinen Sitz in Arefeld hat und sich bei der Bildung gleichmäßig aus den Kollegen beider Organisationen zusammensetzt.

Wo an einem Orte beide Organisationen Filialen besitzen, werden dieselben zu einer gemeinsamen Filiale verschmolzen unter der Bedingung, daß der neue Filialvorstand soweit als möglich von beiden Seiten zusammengesetzt wird.

In Orten, wo nur eine Filiale in Betracht kommt, bleibt der bisherige Filialvorstand bestehen. Die Mitglieder des Weberverbandes erlangen mit dem Tage des Uebertritts sämtliche Rechte der Mitglieder des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes. Die Zeit der Mitgliedschaft im Weberverband gelangt voll zur Anerkennung. Als Organ für die Mitglieder des Gauverbandes wird der „Textilarbeiter“ und die „Tagzeitung“ des Weberverbandes unter entsprechender Abänderung des Stempels der letzteren bestimmt.

Die beiden Angestellten des Weberverbandes, Ludwig Wallen und Hermann Bauer, treten in den Dienst des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes über und können aus ihrer Tätigkeit nur dann entlassen werden, wenn sie sich Agitationen gegen den Bestand des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes oder Unredlichkeiten am Vermögen desselben zu Schulden kommen lassen.

Recht mangelhafte Gesetzeskenntnis hat der Oberbürgermeister von Zeulenroda betundet. In diesem Ort streiken die Holzarbeiter seit neun Wochen. Kürzlich hat nun das Stadtoberhaupt von Zeulenroda im dortigen Amtsblatt eine Bekannmachung erlassen, wonach es den ausständigen Holzarbeitern verboten ist, auf öffentlichen Wegen, Straßen oder Plätzen in Gruppen von mehr als zwei Personen zusammenzutreten, zusammenzugehen oder andere Personen zu befehlen.

Wenn das Verbot sich vielleicht auf Verleumdungen stützen sollte, dann ist nicht einzusehen, warum es sich nur auf ausständige Holzarbeiter erstreckt. Zweifellos will das oberbürgermeisterliche Verbot das Streikpostenwesen vereiteln. Das Streikpostenwesen aber ist gesetzlich statthaft und darf nicht polizeilich verboten werden. Im Rathhause von Zeulenroda scheint man das noch nicht zu wissen, obgleich es durchaus keine Neuheit ist. Die Einwohner von Zeulenroda haben übrigens in einer stark besuchten Versammlung Protest gegen die Handlungsweise des Oberbürgermeisters erhoben, der auch noch in einem anderen Falle seines mangelhaften Gesetzeskenntnis bekundete.

Bereits vor acht Wochen hatten die Streikenden das Gewerbegericht ersucht, sich als Einigungsamt mit dem Streit zu befassen. Der Oberbürgermeister erklärte aber, er habe nicht die Pflicht, die Arbeitgeber zum Erscheinen vor dem Einigungsamt zu veranlassen. Dennoch scheint dem Oberbürgermeister das geltende Gewerbegerichts-Gesetz nicht bekannt zu sein. Dasselbe sagt in § 64:

„Erfolgt die Anrufung nur von einer Seite, so soll der Vorsitzende dem anderen Teil oder dessen Stellvertreter oder Bevollmächtigten Kenntnis geben und zugleich nach Möglichkeit dahin wirken, daß auch dieser Teil sich zur Anerkennung des Einigungsamtes bereit findet.“

Diese Gesetzesbestimmung ist doch so klar, daß auch ein Kleinstädtischer Bürgermeister über ihre Bedeutung nicht im Zweifel sein dürfte. — Neuerdings hat der Oberbürgermeister den Streikenden mitgeteilt, daß das Einigungsamt zusammengetreten werde.

Was die Situation des Streiks betrifft, so wird mitgeteilt, daß sich die Ausständigen der Sympathie der Einwohnererschaft erfreuen. Jahn von auswärts herbeigezogene Arbeitswillige wussten ihr Logis bei den Meistern aufzuschlagen, da ihnen sonst niemand Unterkunft gewähren wollte.

Die Ansperrung im Rieker Wagnerverbe ist nunmehr, wie dem „Berl. Tagebl.“ telegraphisch wird, beendet, die Arbeiter und Unternehmer haben sich auf einen bis 1907 geltenden Arbeitsvertrag geeinigt.

Der Weiskerkerstreik in Erlangen, der schon einige Monate dauerte, wurde durch Vermittelung des Magistrats beendet. Die

Streikenden nahmen sofort die Arbeit auf, während sich die Unternehmer verpflichteten, den von den Gehilfen geforderten Tarif ab 1. November ex. in Kraft treten zu lassen.

Ausland.

Die Gewerkschaften Oesterreichs im Jahre 1901.

Die Gewerkschaftskommission Oesterreichs hat eine gründlich durchgearbeitete Statistik über die Stärke und Leistungsfähigkeit der ihr angeschlossenen und ihr nahestehenden Gewerkschaften veröffentlicht. Die Statistik umfaßt die Berufs- und Gewerkschaften, die all-gemeinen Gewerkschaftsvereine und die Arbeiter-Bildungsvereine. Die ersteren sind die eigentlichen Träger der Gewerkschaftsbewegung, während die beiden letztgenannten Organisationsarten nur zum Teil gewerkschaftliche Aufgaben erfüllen.

Die Berufs- und Gewerkschaften gliedern sich wieder in drei verschiedene Formen der Organisation: Centralvereine (32), Landes- oder Lokalvereine (266) und Ortsgruppen (1278). Oesterreich zählte also 1371 gewerkschaftliche Organisationen, die sich auf 90 Berufe verteilten und zusammen 113 672 männliche und 5878 weibliche, insgesamt also 119 050 Mitglieder aufwiesen. Die Zahl der eigentlichen gewerkschaftlichen Organisationen ist gegenüber dem Jahre 1899 um 10 gestiegen, die Mitgliederzahl aber um 234 zurückgegangen. Die allgemeinen Gewerkschaften und Arbeiterbildungsvereine haben sich im Berichtsjahre an Zahl zwar vermehrt, an Mitgliedern aber um 5000 abgenommen, die wohl zum Teil in die eigentlichen Gewerkschaften übergetreten sind. Allgemeine Gewerkschaftsvereine wurden im Berichtsjahre 167 mit 7180 Mitgliedern, und Arbeiter-Bildungsvereine 556 mit 26 374 Mitgliedern gezählt.

Während der Mitgliederzunahme bei den Berufs- und Gewerkschaften gegen das Jahr 1899 im ganzen nur ein geringer ist, weisen einzelne Berufe sehr erhebliche Verluste auf. So ist die Zahl der organisierten Bauarbeiter zurückgegangen von 4715 auf 1505, die der Bergarbeiter von 13 083 auf 7564, der Handwerksmacher von 1122 auf 780, der Textilarbeiter von 9638 auf 6848. Andere Organisationen weisen dagegen erhebliche Zunahmen auf. Es stieg die Zahl der organisierten Buchdrucker von 8613 auf 9703, der Eisenbahner von 16 385 auf 25 079, der Eisen- und Metallarbeiter von 14 366 auf 15 561, der Holzarbeiter von 2840 auf 2894, der Schuhmacher von 2445 auf 3434 u. s. w.

Die Klassenverhältnisse der Gewerkschaften haben sich im Vergleich zu früheren Jahren bedeutend günstiger gestaltet. Die Einnahmen der gesamten Organisationen betragen im Jahre 1896 955 171,76 Kr., 1899 1 852 440,59 Kr., 1901 2 229 340,21 Kr. — In diesen drei Jahren wurden ausgegeben: für Reise-Unterstützung 25 746,02 Kr., 77 456,92 Kr., 90 691,26 Kr., für Arbeitslosen-Unterstützung 102 189,72 Kr., 286 003,81 Kr., 377 448,59 Kr., für Kranken-, Invaliditäts-, Witwen- und Waisenunterstützung 140 389,03 Kr., 400 151,02 Kr., 588 890,06 Kr., für Restfall-Unterstützung 12 907,34 Kr., 24 448,01 Kr., 40 382,55 Kr. — Die Streikgelder, die durch freiwillige Sammlungen aufgebracht werden müssen, ergaben, soweit Angaben darüber vorliegen: für eigene Streiks 102 410,18 Kr., für fremde Streiks 17 802,70 Kr., für Gemeinregelung 12 759,07 Kr. Diese Zahlen ergeben noch nicht die Gesamtsumme dessen, was für Streiks gesammelt resp. ausgegeben wurde, da viele Organisationen hierüber die Auskunft verweigerten, und geschah das mit Rücksicht auf die reaktionären Verhältnisse Oesterreichs, die die Gewerkschaften veranlassen, Streikgelder nur auf dem Wege zu sammeln. Das Verschreiten des geraden Weges wird zwar nicht durch das Gesetz, wohl aber durch die verbohrene Bürokratie verhindert. Um diesen und noch andern die Gewerkschaftsbewegung hemmenden Uebelständen abzuheben, will die Gewerkschaftskommission einen entsprechenden Gesetzentwurf anarbeiten, der dann von den sozialdemokratischen Abgeordneten eingereicht wird.

Vermittlungs- und Schiedsamt für Arbeitskonflikte in Norwegen. Ein von der Arbeitgebervereinsung und der Landesorganisation der Gewerkschaften Norwegens eingesetztes Komitee hat einen Vorschlag zu einem Uebereinkommen zwischen den beiden Organisationen ausgearbeitet und einstimmig empfohlen, das folgende Hauptpunkte enthält:

1. Bei jedem Konflikt zwischen Arbeitgebern und Arbeitern, die der Arbeitgebervereinsung oder der Landesorganisation der Gewerkschaften angehören, sollen seltens beider Organisationen Versuche zur Beilegung des Streites gemacht werden. Zu diesem Zweck soll zuerst versucht werden, durch einen hierzu gewählten Einigungsrat zwischen den beiden Parteien zu vermitteln, und wenn das fehlschlägt, soll der Streit durch ein ständiges Schiedsgericht entschieden werden, dessen Urteil für beide Parteien bindend ist. 2. Arbeitseinstellungen sollen nicht stattfinden, bevor nicht ein Vermittlungsversuch stattgefunden hat. 3. Wenn das Schiedsgericht in Tätigkeit treten soll, müssen beide Parteien damit einverstanden sein. Handelt es sich aber um ein zwischen einem Arbeitgeber und seinen Arbeitern getroffenes Uebereinkommen, dann ist das Schiedsgericht auch zuständig, wenn eine der Parteien es anruft. 4. Das Schiedsgericht besteht aus 7 Mitgliedern, wovon die beiden Organisationen je 3 wählen. Diese sechs wählen einen Vorsitzenden, der die für ein Nichterkenntnis gesetzlich vorgeschriebene Qualifikation haben soll, als 7. Mitglied. Im Fall von Stimmengleichheit wird der Vorsitzende vom Departement des Innern ernannt.

Versammlungen.

Der Wahlverein für den dritten Wahlkreis hielt am Dienstag im „Märkischen Hof“ seine Generalversammlung ab. Dem Vorstandsbericht, den Genosse Fritsch erstattete, ist zu entnehmen, daß im verfloffenen Quartal zwei Mitgliederversammlungen und zwei Vorstandssitzungen stattgefunden haben. Außerdem wurden zwei Ausschüsse vom Verein veranfaßt. Ein Mitglied ist im letzten Quartal verstorben. Der Kassenericht, den Genosse Harndt erstattete, weist einschließlich eines 750,15 M. betragenden Bestandes vom vorigen Quartal eine Einnahme von 1212,70 M., eine Ausgabe von 825,20 M. auf, so daß ein Bestand von 887,50 M. verbleibt. Für Agitation wurden 600 M. verausgabt. Dem Kassierer wurde einstimmig Decharge erteilt. — Die Erziehungswahl zum Vorstand hatte folgendes Ergebnis: 2. Vorsitzender Bohrl, 2. Kassierer Lange, 2. Schriftführer Jonaß, Revisoren: Müller, Kräker und Hahn. — Dr. Wehl hielt sodann einen Vortrag über: Den Kampf gegen die Kurpfuscherei. Der Redner, der der Ansicht ist, daß Kurpfuscherei sowohl von Laienärzten als auch von approbierten Ärzten betrieben wird, führte aus, daß durch Polizeimahrgen eben so wenig wie etwa durch die von monaten Ärzten gewünschte Aufhebung des Paragraphen 12 der Gewerbe-Ordnung die wirthliche Kurpfuscherei wirksam bekämpft werden könne. Das sei eher möglich durch eine bessere Ausbildung unserer Ärzte, dann durch Errichtung eines Gesundheitsrates, wie er bereits in Karlsruhe besteht, der alle Erscheinungen auf dem Gebiete der Heilkunde zu prüfen hat. Vor allem aber könnte die Kurpfuscherei dadurch bekämpft werden, daß die sozialdemokratische Forderung, nach der jedem Befähigten die Erwerbung wissenschaftlicher Bildung möglichst gemacht werden soll, durchgeführt würde. — Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Eine kurz besuchte Versammlung des Wahlvereins des vierten Wahlkreises Südost tagte am Dienstagabend im Lokale „Draehenburg“. Th. Meyner erstattete über: „Die Bestrebungen der bestehenden Klassen und die Lage der arbeitenden Bevölkerung.“ Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. In der Diskussion sprachen Peteret, Vobray und Baumgarten. Unter Vereinsangelegenheiten machte Peteret darauf aufmerksam, daß niemand versäumen möge, die Wählerlisten — welche vom 15. bis 30. Juli ausliegen — einzusehen. Beer berichtete über die bisherigen Verhandlungen mit der Haasebauerei wegen Hergabe des Saales zu Versammlungen für die Arbeiter. Diefelben sind noch nicht zu Ende. Der Vorsitzende Hoffmann giebt bekannt, daß der Wahlverein Südost am 7. September eine Dramavorstellung veranstaltet und fordert zu reger Theilnahme auf. — Des weiteren berichtet er,

daß das Herbstvergügen des Vereins am 20. September in den Gesamträumen des Gewerkschaftshauses stattfindet. Zum Schluß macht der Vorsitzende noch bekannt, daß die Verhandlungen mit dem Arbeiter-Sängerbund noch nicht endgültig abgeschlossen sind, aber einer guten Lösung entgegenzusehen werden können.

Der Centralverein der Maurer, Zweigverein Berlin, hielt am Mittwoch in Kellers Festsaal eine zahlreich besuchte Generalversammlung ab, in der Böhmleburg aus Hamburg über die die 3-jährigen Lohnkämpfe der deutschen Maurer und die Verantwortlichkeit des deutschen Maurer-Verbandes sprach. Der Redner geht dann auf die einzelnen Lohnkämpfe in den größeren Städten ein und besonders auf den Kampf der Hamburger Maurer. Von den feindlichen Organisationen, mit denen der Verband hier zu kämpfen habe, habe die der Accordmurer den Unternehmern die allergrößten Dienste erwiesen. Die Leute hätten den offenen Streikbruch proklamiert und mit den Unternehmern gemeinsame Sache gemacht. Um sich nicht von diesen Menschen die Organisation zerstören zu lassen und um sich über eine schwierige Situation hinwegzuzubehelfen, hätten die Verbandskollegen in Hamburg einen bekannten Beschluß über die Accordarbeit gefaßt und die Sperren aufgehoben. Das bedeute aber keineswegs ein Aufgeben des Kampfes. Die Bewegung sei nicht erledigt, sie werde in diesem Jahre überhaupt nicht erledigt. Die Streikbrecher, die die Unternehmern mit ungeheurem Aufwand an Geld und Wühwaltung herangeholt haben, seien zu einem großen Teil recht minderwertige Arbeitskräfte, teils auch ganz verkommene Elemente, an denen die Unternehmern keine Freude hätten. Jener Beschluß über die Accordarbeit werde in Hamburg nicht lange in Kraft bleiben. Diefelbe Forderung, die jetzt nur die Accordmurer einstellen will, werde später ebenso wie vordem auf der Abschaffung der Accordarbeit bestehen. Am Schluß seiner Ausführungen wendet sich der Redner in scharfen Worten gegen den Plan der Berliner Lokalistin, hier in diesem Jahre eine Lohnbewegung zu inscenieren. Er weist darauf hin, daß infolge der „Vertragspolitik“ während der letzten Krise keine Lohnreduktionen wie früher in den betreffenden großen Städten vorgekommen sind. Diese Vertragspolitik müsse fortgesetzt werden; der Verband aber habe in dieser Hinsicht eine große Verantwortung. Die Auslieferung müsse in die kleinste Orte getragen werden und über die Grenzen Deutschlands hinaus in jene Länder, die heute noch die Masse der Streikbrecher liefern. Der Vortrag fand lebhaften Beifall. Die Versammlung nahm gegen wenige Stimmen eine Resolution an, in der gesagt wird: „Die Generalversammlung des Verbandes steht in der Solidarität der gesamten deutschen Kollegenchaft die einzige Garantie, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Um auch die zukünftige Bewegung in Berlin zu einer wirksamen und vorteilhaften zu gestalten, ist die Aufbesserung der Lage der noch zu den niedrigsten Lohnsätzen und bei der längsten Arbeitszeit arbeitenden deutschen Kollegen dringend notwendig. Der Zweigverein Berlin erklärt sich mit allen im Ausnahmestehenden Kollegen solidarisch. Die Versammlung hält es für unerlässlich, daß die größtmögliche Agitation zur Aufklärung unserer Kollegen in jenen Gegenden betrieben wird, wo die Kollegen ihre traurige Lage noch nicht erkannt haben, und sich infolgedessen nach den Streikorten schleppen lassen, wo sie die Streiks illusorisch machen. Da die Voraussetzungen und Bedingungen zu einer Lohnbewegung nur vom Centralverband der Maurer Deutschlands geboten werden, erklärt der Zweigverein Berlin nur den Verband als berechtigten Faktor, eine Lohnbewegung in Berlin und Umgegend vorzubereiten und mit Erfolg zur Durchführung zu bringen.“

Der Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter hielt am 21. Juli seine Generalversammlung ab. Der Kassierer gab die Abrechnung für das 2. Quartal. Einnahme 1321 M., Ausgabe 1421 M. Da im 2. Quartal allein ein Streik und Gemeinregelungs-Unterstützung ca. 900 M. gezahlt wurden, so ist die Nebenausgabe erklärlich. Das Vereinsvermögen betrug am 1. Juli 1563 M. Hierauf fand die Vorstandswahl statt. Kassierer wurde als 1. Vorsitzender, Bergmann als 2. Kassierer, Rosin 1. als Schriftführer, Lange als Revisor, Brödel als Revisor gewählt.

Friedrichshagen. Der hiesige Arbeiter-Bildungsverein hielt am 19. d. Mts. seine Generalversammlung ab, in welcher der Vorstand seinen Bericht gab; demnach ist der jetzige Mitgliederbestand 156 gegen 152 im Vorjahre. Die Einnahme betrug 312,85 M., der eine Ausgabe von 305,23 M. gegenübersteht. Der zweite Punkt, Reuwallen, ergab folgendes Resultat: Als Vorsitzende Kramm und Werlmann; Kassierer Schmidt und Falkowski; Schriftführer Conrad und Gleichauer; Revisor Dreude, Krüger und Siewert; Bibliothekare Radue, Wuhn und Koloz. Revisoren sind Häbner, Hauptmann, Hinz. Als Delegierte zur Kreisconferenz wurden Kramm, Hauptmann und Holzpitter bestimmt.

Unter „Verschiedenes“ erörterte die Versammlung die Angelegenheit der Ortskrankenkasse mit der hiesigen einzigen Apotheke. Ebenso wie in Berlin hat auch der Apotheker Herr A. Dornau der Ortskasse den Kredit entzogen. Die Kasse hat sich nun auf folgende Art zu helfen bemüht. Die vom Arzt angeordneten Recepte bleiben bei demselben oder können auch im Kassenlokal abgegeben werden; ein Kassenoffizier sammelt täglich mehrmals dieselben, läßt sie in Köpenick auffertigen und bringt die Medizin den Kranken in ihre Wohnung. Ebenso können Privatkränke ihre Recepte im Kassenlokal abgeben und wird die Kasse bereitwillig die Versorgung übernehmen, so daß kein Recept Herrn Dornau mehr braucht übergeben zu werden. Die Versammlung erklärte sich mit dem Vorhaben des Vorstandes der Orts-Krankenkasse einverstanden.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Gegen das Centrum!

Aus München meldet die „Frankfurter Zeitung“ vom 24. Juli: Es wird nunmehr wahrscheinlicher, daß der bayerische Gesandte in Wien, Frhr. v. Rodewils, das Kultusministerium erhält. Die Uebnahme des Ministeriums durch Herrn v. Rodewils soll besonders einem Wunsche des Prinzregenten entsprechen. Mehrere Herren, denen das Kultusministerium angetragen wurde, haben abgelehnt.

Ministerialrat v. Wehner, der Kunstreferent im Kultusministerium, ist zum Staatsrat ernannt worden.

Diese Beförderung des durch die liberalen Vorweigerungen in erster Linie „bestraften“ Herrn v. Wehner bedunet einen energischen Protest der Regierung und des Prinzregenten gegen das Centrum, das seine Macht stempellos, aber nicht weniger als intelligent ausnutzt. Die Beobachtung, daß das Centrum keine Führer mehr hat, tritt jetzt in Bayern besonders staunfällig hervor. Red. d. „V.“

Der Krönungs-Prinz.

Aus London meldet die „Frankf. Ztg.“ vom 24. Juli: Das Verhör des Prinzen von Draganzza vor dem Polizeigericht in Southwark wurde heute abgeschlossen und der Prinz dem Kriminalgericht übergeben.

Paris, 24. Juli. (W. Z. V.) Das Justizpolizeigericht verurtheilte sieben wegen der geistlichen Ansbildungen verhaftete Personen wegen Thätlichkeiten gegen Polizeibeamte zu Geldbußen von 50 Franc bzw. zu Gefängnisstrafen bis zur Höhe von drei Monaten.

Verfaßt, 24. Juli. (W. Z. V.) Von den bei dem Mineununglück verunbeten Sappuren sind noch zwei ihren Verletzungen erlegen. Der Zustand von drei andern gilt als hoffnunglos.

New York, 24. Juli. („Frankf. Ztg.“) In San Francisco ist der Postmeister Kröger aus Genua (Ostriealand), der beschuldigt ist, 30 000 M. unterschlagen zu haben, verhaftet worden.

Des Freiherrn v. Nusse's Ende.

Als die Feste des Germanischen Museums in Nürnberg pomp-
haft gefeiert wurden und sich die Epigen der Gesellschaft von heute
patriotisch anfeiern ließen, die doch nichts geleistet und noch weniger
etwas geopfert hätten zum Werden dieses nationalen Werkes, da er-
zählten wir die Leidensgeschichte des Schöpfers des Museums und
sein elendes Ende im wüsten Klausur des deutschen Sieges.

Genosse Wios hat dann in der „Leipziger Volksztg.“ noch
einige lebhafteste Erinnerungen und Ergänzungen „aus der Zeit der
Siegesblumen“ veröffentlicht. Und neuesten teilt die Frankfurter
„Kleine Presse“ aus den eignen letzten Tagebuch-Aufzeich-
nungen des Freiherrn v. Nusse die Einzelheiten des
tragischen Endes dieses wahren Patrioten mit, der unter den Häupten
rober Hurrathen, wie sie hordenweise seit den letzten Kriegen das
einzigste Boll der Dichter und Denker hordenweise austilgten, jammer-
voll zusammenbrach.

Die Aufzeichnungen lauten:

1. Mai (1871). Schlechte Nacht mit fortwährendem Husten und
Mässeln. Doktor holen lassen, der mir eine Arznei verschrieb. Entschloß
mich, heim zu reisen. Nacht auch heute die Fesselschleife nicht mit,
sah aber vom Fenster aus den Einzug der Studenten mit
Fahnen, hörte die Musik und konnte ruhig dabei bleiben, belam
auch Besuch von Dr. W. Scheffel (zweifellos der Dichter) und
Dr. H. Weyh, dem ich mein Billet zum Bankett abtrat.
Abends die Verleumdung des Künstlers mir gerade gegenüber, sehr
praktisch. Doch sehr müde, und da ich ins Bett wollte, nach
8 Uhr, fand ich zu meinem Schreck nirgends einen Tropfen Wasser,
obgleich die dämmen zwei Röhre da waren und thäten, als wenn
sie alles besorgten, fragten, ob sie wiederkommen sollten, worauf ich
ihnen erklärte, wenn alles in Ordnung sei, nicht, da ich sehr bald
ins Bett wolle. Also keine Aussicht erlöste zu werden vom Wasser-
mangel, bei fieberhaftem Durst. Ich stürzte bei meiner Mattig-
keit die Stiege, um deren willen ich die ganze Frierlichkeit ver-
räumte, sonst hätte ich mir selbst Wasser geholt, denn schreien
konnte ich nicht, da ich kein lautes Wort sprechen konnte. Ich
ging vor meine Zimmerthür mit meinem Licht und wollte warten,
bis jemand käme, der mich gleich einem Schloßgeist erlöste.
Jwar kamen hier und da Leute die Treppe herauf, die ich mit
meiner heiseren Stimme bat, bei Dr. Barad anzuläuten, sollte es
Niemand wollte oder konnte mich vernehmen. Je länger, desto
mehr stieg meine Verzweiflung, mein Durst. Die Aussicht, ihn bis
morgen früh 8 Uhr nicht lösen zu können, kein Glas, keine einzige
der Flaschen für Tein- und Waschwasser war mehr zu finden, weder
auf Waschtisch, Nachttisch, Schreibtisch, oder wo sonst noch ein
Gläschen gewesen wäre. Und doch hatten die beiden Röhre zugleich
behauptet, alles sei in Ordnung. Ich mußte um jeden Preis Wasser
haben. Obgleich ich die Röhre, die Hände in die Hosentaschen zu
stecken, für absehblich hatte, griff ich doch hinein und fand —
das Hundspfeifen, das so oft Hilfe leistete, wenn die Stimme
versagte. Es schriele in diesem engen Stiegenhaufe, daß es
genau niemand, der darin und daran war, überhörte, doch
niemand kam und wenn ich mit höherer Stimme die Heranz-
tretenden bat, bei Dr. Barad anzuläuten, wollte es keiner
hören, wußte auch gar nicht, woher so viele nach und nach kamen,
da doch nicht alle da wohnen konnten! An die „Planen“ dachte ich
nicht. Endlich kamen zwei Herren in Hut und Frack
daher, auf mich zugehend, die ich für meine Erlöser aus der
Not hielt. Doch dies hatte ich noch nicht mit
schwacher Stimme herausgebracht, als der eine
mich von vorn packte und mit Gewalt zu Boden
warf, der andre mit seinen Fäusten auf meinen
Kopf hieb, daß sogleich das Blut herunterlief.
Als die Portierfrau, die schon lange hätte kommen können, da sie
das Pfeifen gehört, auf den Lärm und das Geschrei heraufkam,
sprangen ihr die zwei Männer entgegen, die sie wieder-
zuerkennen glaubt. Es war das Werk einer Minute, die aber
höchst folgenreich werden kam und keine gute Vor-
bedeutung für die Universität sein dürfte, da
es Deutsche und sogar Professoren waren, welche
diese Schandthat an einem deutschen, sogar geladenen
Gast der Universität begingen und da es im Frieden
des kaiserlichen Schlosses geschah. Man führte
mich halb ohnmächtig ins Zimmer und da zufällig ein Arzt dazu
kam, ordnete er kalte Umschläge mit Eis an. Der Portier
und Frau zeigten sich sehr thätig, leider zu spät. Ich legte
mich zu Bett und belam noch einen jungen Arzt, Dr. Würzer,
zu Besuch. Als Barad und Genossen heimkamen, große Klage, mit
der Versicherung, mir volle Satisfaction zu verschaffen, da er einem
der Thäter kenne, dieser sich selbst seiner That gerühmt
hätte, indem er mich für einen Franzosen gehalten, was mir bis jetzt
noch nicht passiert. Die Eisumschläge dauerten bis Mitternacht fort,
wo ich einschliefe und eine der besten Nächte hatte. Morgens nach
6 Uhr auf und für Abreise vorbereitet.

2. Mai. Barad und Jean noch gesehen. Ersterer morgens mit
der Partie nach Ostlilienberg, ich um 9 Uhr mit der Eisenbahn Basel
zu. Sehr angegriffen. Portier half mir auf den Bahnhof.

3. Mai. Morgens nach Konstanz und Münsterlingen, von wo
ans Birt Schelling mich empfing und alles besorgte. Bei ihm ein-
quartiert, um Dr. Kappeler zu konsultieren, hauptsächlich
wegen des Falles und der Kopfwunde. Ich war
fürchtbar angegriffen und ruhete bloß aus und ließ den Dr. K. auf
morgen bitten. Sohn des Birtes wachte bei mir.

4. Mai. Dr. Kappeler kam gegen Mittag und blieb lang,
visitierte alles, meinte das Märgat sei unverletzt, auch die Hirnhäute,
doch schlimm stehe es um Herz und Lunge. Er verschrieb mir zwei
Arzneien und kam abends vor 5 Uhr wieder.

Mit diesen Aufzeichnungen schließt das Tagebuch. Am 6. Mai
starb Freiherr v. Nusse in Münsterlingen.

Eine amtliche Untersuchung wurde angeleitet. Sie war am
11. Juni abgeschlossen. Auf Grund zweier ärztlichen Gut-
achten entschied die Behörde dahin, daß keine Veranlassung
vorliege, krasse Mitleid vorzugehen, da aus dem Auto-
bericht zur Evidenz hervorgehe, daß der Tod des Freih. v. Nusse
in keinem Kaufmännischen zu den erlittenen Mißhandlungen stehe und
ein Antrag der Relikten auf Strafverfolgung nicht gestellt sei.

Die Thäter blieben im Amte.
Zeitungsberichte der damaligen Zeit nannten mit aller Bestimm-
theit die Namen Vinding und von der Goltz. Vinding, der
nachmalige berühmte Rechtslehrer, war 1872 in Straßburg. Eine
später veröffentlichte Erklärung des ältesten Sohnes des Freiherrn
v. Nusse nannte als Thäter „einen Professor und einen kaiserlichen
Beamten.“

Sociales.

Weißkrankheiten.

Heber Gewerbebeamten in drei Weißfarben-Fabriken macht der
Gewerbe-Aufsichtsbeamte für Württemberg I in seinem Bericht über
das Jahr 1901 sehr beachtenswerte Mitteilungen. Die für Weiß-
farben-Fabriken zur Verhütung von Erkrankungen vorgeschriebenen
Einrichtungen wurden in allen drei Fabriken in Ordnung getroffen,
aber die Zahl der Erkrankungen und die Dauer der einzelnen Er-
krankungsfälle waren bei den Arbeitern dieser drei Fabriken nicht nur
im letzten Jahre, sondern schon seit längerer Zeit sehr verschieden.
Woran lag das?

In der ersten Fabrik, in der neben Chrom- und Weißfarben auch
andere ungeschädliche Farben hergestellt wurden, waren nur langjährige

mit der Fabrication vertraute Arbeiter, die die Gefahren, denen sie
ausgesetzt sind, genau kennen, mit gesundheitschädlichen Contaminationen
betraut. Ein Wechsel der Arbeiter kam hier selten vor und spezifische
Weiß-Erkrankungen kamen in diesem Betriebe im ganzen Jahre
nicht vor.

In der zweiten Fabrik werden Weißfarben, Weißzucker und Weiß-
weih hergestellt und mit diesen Arbeiten 25 Arbeiter beschäftigt.
Doch findet hier ein häufiger Wechsel der Arbeiter statt, indem im
Jahre 1901 im ganzen 75 Arbeiter eingestellt wurden, demnach
das gesamte Arbeiterpersonal im Jahre durchschnittlich decimale
wechselte. Aber nicht alle waren deshalb nur vier Monate in
der Fabrik, sondern einige waren schon seit Jahren dort,
dagegen war die Beschäftigung anderer eine weit kürzere
als vier Monate. Von den Arbeitern erkrankten im Jahre 1901
16 an Weißerstickung und zwar waren dies fast ausschließlich solche
Arbeiter, die erst kurze Zeit im Betriebe gearbeitet, und die sich nach
Mittelteil des Arbeitgebers nicht an die gesundheitschädlichen Vorschriften
gehalten hatten und die vorhandenen Handschuhe, Mundschwämme
und Respiratoren nicht oder nur wenig benutzten hatten, obwohl die
Arbeiter durch Anschlag in der Fabrik zur Beachtung und Benutzung
dieser Vorschriften angefordert worden waren. Sie hielten sich auch nicht so
reinlich, wuschen sich nicht so gehörig, wie die älteren Arbeiter und
richteten sich im Essen und Trinken nicht so genau nach den erlassenen
Vorschriften. Die Dauer der Erkrankungen betrug 7 1/2 bis 41 1/2 Tage,
in einem Falle sogar 97 Tage. Die mittlere Dauer einer Erkrankung
war (den Fall von 97 Tagen nicht eingerechnet) 21,8 Tage (im
Jahre 1900 waren es 20,5 Tage); 10 Erkrankungen hatten eine
Dauer unter 25 Tage, 6 eine solche über 25 Tage.

In der dritten Fabrik werden nur Weißweih und Weißfarben
hergestellt, wobei die Fabricationsmethode im allgemeinen dieselbe wie
in der vorerwähnten zweiten Fabrik ist. Aber während sich der Besitzer
dieser Fabrik seit einer Reihe von Jahren bemüht, in seinem Betriebe
Verbesserungen anzubringen, die die Maschinen an Stelle der Arbeiter
bei gefährlichen Arbeiten treten lassen, z. B. 1898 eine Weiß-
Eisenschmelze eingeführt hat und neue Einrichtungen zum Staub-
freien Mahlen und Verpacken von Weißweih angeschafft hat, durch
die die gesundheitschädlichen Manipulationen des Gießens der
Weißlappen und des Mahlens und Verpackens des Weißweihes von
den Maschinen verrichtet werden, auch das Abnehmen der Weißlappen
in den Oxydationskammern nur mit einem kleinem
Taucherschleim ausführen läßt, dem die Atmungsluft von außen zu-
geführt wird, ist das Gießen der Weißlappen und das Verpacken des
Weißweihes in der dritten Fabrik Handarbeit und werden die Weiß-
lappen in den Oxydationskammern ohne Schutzhelm aufgelegt
und abgenommen. In dieser Fabrik wurden 1901 im ganzen 108 Ar-
beiter mit gesundheitsgefährlichen Arbeiten beschäftigt, von denen
84 bleikrank geworden sind, davon 4 zweimal. Die längste
Krankheitsdauer war hier ein Tag, die längste 80 Tage.
Unter Begünstigung der Anstaltsmaßnahme von 1 Tag, 72, 74, 74
und 80 Tagen betrug die Krankheitsdauer im Durchschnitt 22,4 Tage.
25 Erkrankungen dauerten unter 25 Tage, 13 über 25 Tage. Ein
Arbeiter, der in zwei Arbeitsperioden in dieser Fabrik gearbeitet
hatte, war nach der ersten 80, nach der zweiten 72 Tage an Weiß-
kollik und Darmkatarrh krank. Die Erkrankungshäufigkeit war in
dieser Fabrik 2,91 mal so groß als in der vorerwähnten. Das
Personal wechselte hier im ganzen sechsmal.

Diese drei Fabriken zeigen demnach ein sehr verschiedenes
Aussehen der Weiß-Erkrankungen. In der ersten Fabrik wurden nur
mit den giftigen Eigenschaften des Weies und mit der Art und
Weise, wie man sich vor denselben am besten schützt, langjährig ver-
traute Arbeiter beschäftigt und zwar abwechselnd mit Beschäftigung
giftiger und nichtgiftiger Farben. Hier kam infolge dieser Vorsicht
gar keine direkte Weiß-Erkrankung vor. In der zweiten Fabrik
war auch die direkte Contamination mit Weiß durch maschinelle
Einrichtungen möglichst vermieden. Es wurden aber neben schon meh-
rere langjährig beschäftigten auch eine größere Anzahl frischer Arbeiter
beschäftigt und diese wohl durch Anschlag auf die Gefährlichkeit des
Weies und auf die nötigen Vorsichtsmaßregeln zur Verhütung von
Erkrankungen aufmerksam gemacht, die sie aber zum großen Teil
nicht befolgten. Die Folge war, daß eine größere Anzahl dieser
Kranklinge von mehr oder weniger heftigen Erkrankungen betroffen
wurde. In der dritten Fabrik waren die Arbeiter, die zu einem
noch größeren Prozentsatz Kranklinge in dieser
Arbeit waren, der direkten Einwirkung des Weies weit mehr ausgesetzt, als
in der zweiten Fabrik. Die Folge davon war ein weit häufigeres
Aussehen der Weiß-Erkrankungen bei ihnen.

Nach diesen Ergebnissen ist es zum Schutz der Gesundheit der
Weißarbeiter notwendig, daß 1. die Arbeiten mit giftigen und nicht-
giftigen Stoffen abzuwechseln haben; 2. daß die ge-
fährlichsten Arbeiten, für welche praktische Maschinen
konstruiert sind, nur mit solchen Maschinen aus-
geführt werden dürfen; 3. daß die Arbeiter nicht nur
durch Anschlag oder mündlich auf die Gefährlichkeit dieser
Arbeiten aufmerksam gemacht und ihnen die nötigen
Schutzmittel zur Verfügung gestellt werden, sondern daß die Unter-
nehmer verpflichtet werden, sich auch von der Befolgung
der Schutzvorschriften zu überzeugen und zur Ent-
lassung derjenigen Arbeiter, die sich diesen weigern oder sie trotz
Anforderungsuntersuchen, verpflichtet sind; 4. daß den Arbeitern
aber auch die nötige Zeit und die nötigen Gerätschaften zu
gründlicher Reinigung gelassen werden; denn eine oberflächliche
Reinigung ist nicht viel besser wie gar keine. Ein Arbeiter, der noch
nie mit Weißpräparaten zu arbeiten gehabt hat, ist allerdings nicht
gewandt genug, sich in zwei Minuten nicht nur Hände und
Nägel, sondern auch Gesicht und Bart — namentlich
Schnurrbart — Rosenblätter und Zähne, gründlich von
einem so feinsten Stoff wie Weißweih zu reinigen;
5. die Arbeiter auch Löhne erhalten, die ihnen eine entsprechende
gute Ernährung mit fettem Fleisch, Milch und Stoffeiermögliche
oder doch ihnen event. diese Stoffe in natura geliefert werden, wie
es bereits mit gutem Erfolge in einigen Betrieben geschieht. Dann
wird auch der Genuß der Alkoholla leichter eingeschränkt sein. Doch
aber die Ermäßigung der Arbeiter infolge schlechter Löhne sehr im
Argen liegt, hat der Gewerbe-Aufsichtsbeamte für Württemberg I,
Herr Daurat Berner in Stuttgart, schon in seinem Bericht vom
Jahre 1898 anerkannt, indem er in betreff der von den Fabrikbesitzern
herorgehobenen falschen Lebensweise der Arbeiter bemerkt: „Dies
wird hauptsächlich der Fall sein, es ist aber auch ein-
leuchtend, daß die Weißweiharbeiter, besonders die nicht ständig be-
schäftigten, bei der schlechten Vergütung nicht in der Lage sind, eine
sachgemäße Kost einzuhalten, und daß sie der Mehrzahl nach schon
körperlich geschwächt zur Arbeit kommen und nur notgedrungen die
vorübergehende Arbeit des Ausleeren der Oxydationskammern auf-
nehmen, weil sie eben keine anderweitige Beschäftigung finden können.“
Hoffentlich ziehen Herr Berner und seine Herren Kollegen nunmehr
auch die Konsequenzen ihrer Beobachtungen, indem sie die Durch-
führung so wirksamer Maßregeln wie die den angegebenen ver-
langen.

Ein Opfer des Svarthems? Eine schwere Anschuldigung
erhebt im „Hamburger Fremdenblatt“ ein Abonent, der Sonntag-
abend mit jenem Zuge fuhr, bei dem der Schaffner Oldenburg
üblich verunglückte. Er schreibt: „Ich fuhr mit meiner Familie
9 Uhr 22 Minuten abends von Reiskind; wir passierten Oldesloe
gegen 9 Uhr 50 Minuten. Gegen 9 Uhr 55 Minuten sah
ich einen Schaffner vor das Fenster unseres Abteils kommen,

*) Dabei ist nicht ausgeschlossen, daß die Gesundheit auch dieser
Arbeiter durch ihre Beschäftigung mit der Zeit geschädigt wurde, da
die durch Weiß stets verursachte Entkräftung des Körpers ihn mehr
zu anderen Krankheiten, z. B. Tuberkulose und Nierenleiden, disponiert.
Nur direkte Weiß-Erkrankungen traten nicht auf.

aber fast in demselben Augenblick nach hinten mit den Armen
hoch zurücklag. Ich zog die Notbremse und nach
einigen Sekunden stand der Zug. Zwei Mann des Personals wurden
zurückgelassen; sie haben den Mann gefunden, welcher dann gegen
12 Uhr in Oldesloe gestorben ist, weil seine Verletzungen zu schwerer
Art waren. Der Unfall ist dadurch herbeigeführt, weil der Thür-
brüder, welchen der Schaffner angefaßt hatte, aus seiner Ver-
schraubung ausfiel und der arme Mensch natürlich fallen mußte.
Der ganze Unfall ist demnach eine Folge des mangelhaften Materials
gewesen.“

Die Eisenbahn-Direktion wird sich zu diesen Angaben äußern
müssen.

Zum internationalen Genossenschaftskongreß.

London, 22. Juli. Wie bereits berichtet, wurde der fünfte
internationale Genossenschaftskongreß gestern in Manchester eröffnet.
Gleich der erste Tag zeigte den Gegensatz zwischen den bürgerlichen
und socialistischen Genossenschaftlern. Dr. Georg J. Holboake er-
öffnete die Debatte mit einer Empfehlung der Gewinn-
beteiligung und schlug folgende Resolution vor: „Es
ist wünschenswert, den Gedanken der Gewinnbeteiligung unter
den Unternehmern zu verbreiten und ihnen die Vorteile zu zeigen,
die dieses System ihnen bringen könnte.“ Daffür sprachen u. a. der
bekannte englische Schriftsteller D. F. Schloß, Professor Victor
Böhmer, Albert Trombert (Frankreich) und der Geistliche
R. P. Gilman (Vereinigte Staaten). Dagegen die deutschen
und französischen Socialisten. Nachdem der Antrag mit 3 Stimmen
Mehrheit angenommen worden war, verließen die Socialisten
die Sitzung.

Nach geschehenem Unglück. Nachdem in der gallischen Erd-
wachsgrube Vorklau eine Anzahl Bergleute dem schlechten Zustande
der Gruben zum Opfer gefallen sind, wird jetzt eine allgemeine
Untersuchung der Gruben angeordnet. Es ist, wie offiziell
bekannt wird, eine Specialkommission eingesetzt worden, die die Gruben
untersuchen und Vorschläge zur Erhöhung der Sicherheit machen soll.

Aus der Frauenbewegung.

Gegen die Verkürzung der Arbeitszeit der Frauen wird
lebhaft Sturm gelaufen. Die „Kölnische Zeitung“ läßt sich zu der
Anfrage der Fabrikinspektoren, ob die Frauenarbeit gesetzlich auf
10 Stunden verkürzt werden soll, aus dem Wupperthale schreiben:

„Wo eine solche Beschränkung mit dem Betriebe vereinbar ist,
sie längst durchgeführt; bei einer gesetzlichen Festlegung aber würde
jede infolge der Saisonarbeit u. dgl. notwendige Individualis-
sierung unmöglich werden. Nicht zu übersehen aber ist dabei der
weitere Gesichtspunkt, daß auch die Landwirtschaft der
industriellen Bezirke ein berechtigtes Interesse daran hat, daß die
Arbeitszeit in der Industrie nicht weiter verkürzt werde. Schon
heute richtet sich vielfach die Arbeitszeit in der Landwirtschaft nach
der in der Industrie, d. h. es werden die Lohnansprüche in der
Landwirtschaft gemäß der kürzeren Arbeitszeit, die in der Industrie
üblich ist, in die Höhe gedrückt. Eine weitere Verkürzung der
Arbeitszeit in der Industrie würde also von nachteiligen Folgen
auch für die Landwirtschaft sein, die schon heute nur schwer die
notwendigen Kräfte für sich gewinnen kann. Was nun ins-
besondere einen früheren Schluß der Arbeitszeit an den Tagen
vor der Sonn- und Feiertagen anbelangt, der ja jetzt
schon um 5 1/2 Uhr nachmittags erfolgt, so hat kaum eine
andere sozialpolitische Maßregel einen so vollständigen Mis-
erfolg erlebt, wie die des Herrn v. Berlepsch, der den
Schluß um 5 1/2 Uhr nachmittags zur Pflicht machte, damit
die Arbeiterinnen dem bevorstehenden Sonn- und Feiertage in
eigenen Heim die rechte Vorbereitung und Beihülfe zu geben in der
Lage wären. Wer in der Praxis des täglichen Lebens steht, weiß,
zu welschen andern Dingen durchweg diese freie Zeit nach 5 1/2 Uhr
nachmittags ausgenutzt wird. Doch in vielen Betrieben auch die
männlichen Kräfte mit der Arbeit schließen müssen, weil die
Frauen und Mädchen um 5 1/2 Uhr entlassen werden, ist
ja bekannt, wenn der Schluß noch früher erfolgte. Im übrigen
liegt die Gefahr nahe, daß manche Betriebe ganz von der Ver-
schärfung von Arbeiterinnen absehen, und so könnte eine solche
sozialpolitische Neuerung leicht das Gegenteil von dem erreichen,
was sie bezweckt.“

Diese Einwände sind außerordentlich schwach. Gegen die all-
gemeine Verkürzung der Arbeitszeit auf zehn Stunden wird allein
geltend gemacht, daß dann auf die Saisonarbeit nicht Rücksicht
genommen werden könnte. Das ist ja natürlich ganz hinfällig, denn
so gut wie jetzt bei der gleichmäßig effizienten Arbeitszeit Ausnahmen
für außergewöhnliche Häufung von Arbeit zugelassen werden, so
würde man sie auch bei der jetzt üblichen zulassen. Das geschieht
leider jetzt schon in viel zu großem Umfange und würde dann ver-
nünftig in noch größerem Maße geschehen.

Der Hinweis auf die Landwirtschaft beweist natürlich nicht, daß
in der Industrie die Arbeitszeitverkürzung nicht nötig und nicht
möglich ist, er beweist nur, daß auch für die Landarbeiter eine ge-
setzliche Festlegung der Arbeitszeit dringend nötig und daß die Land-
wirtschaft, wie sie gegenwärtig in Deutschland betrieben wird, nur
von der Hebervermehrung ihrer Arbeiter — und außerdem der
Kaufmännern durch die Fülle — existiert, ein Zustand, dessen Ver-
feinerung ein Segen für die arbeitende Bevölkerung Deutschlands wäre.

Wenn sonst eine Verkürzung der Arbeitszeit der Frauen auch
eine solche für die Männer zur Folge haben sollte, so wäre das
sehr erfreulich und würde nur die gesetzliche Festlegung der Arbeits-
zeit auch für alle männlichen Arbeiter sehr erleichtern. Im übrigen
hat die ganze Umfrage offenbar nur den Zweck, die Verkürzung der
Arbeitszeit der Frauen zu hintertreiben. Sollte man ernsthaft eine
solche Verkürzung, dann bedürfte es der Umfrage nicht mehr. Be-
weise für die Möglichkeit und Nützlichkeit, ja Notwendigkeit der Ver-
kürzung sind längst in erdrückender Masse erbracht.

Berliner Parte-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Der Schiefluh „Centrum“ in Ober-
Schöneweide hält am Sonntag, den 28. Juli, ein Vergnügen bei
Friedrich „Krug zum grünen Kranz“, Nachfolger B. Dittmann in
Ober-Schöneweide, ab. Da versucht wird, in Arbeiterkreisen Willeis
abzulegen, wird darauf aufmerksam gemacht, daß das Lokal der
Arbeiterzeitung zu Versammlungen nicht zur Verfügung steht.
Die Lokalkommission.

Erster Berliner Reichstags-Wahlkreis. Zu dem am
Sonntag, den 27. Juli, stattfindenden Familien-Ausschuß nach
Friedrichsfelde, Dubes Festsäle, Prinzen-Allee 50, wird noch darauf
aufmerksam gemacht, daß von 2-4 Uhr daselbst Kaffeeclocke statt-
findet, später gemeinsames Spiel im Schloßpark, wozu zahlreiche
Beteiligung erwartet wird.

Veit. Sonntag, den 27., früh 7 Uhr: Handzettelverteilung.
Zreffpunkt bei Wenziger, Werderstr. 27. — Montagabend 8 1/2 Uhr
bei Büchel, Chausseest. 97, Volksversammlung. Tagesordnung:
1. Zeit- und Streitfragen des Reichstages. Referent: Fritz Jubel.
2. Das Verhalten unserer Gemeindevorsteher Jenner und Dorn.

Der sozialdemokratische Agitationsverein für den Reichs-
tags-Wahlkreis Kalan-Ynkau hält Sonntag, den 28. Juli,
abends 8 Uhr, bei Perlowitz, Andreasstr. 26, seine General-
versammlung ab, wozu die Genossen genannten Kreises hierzu be-
sonders eingeladen seien.

Nieder-Schöneweide. Der Wahlverein hält am Som-
abend seine regelmäßige Versammlung bei J. Franz, Erkman-
straße 6, abends um 8 1/2 Uhr, ab. Frauen und Gäste haben Zutritt.

Im Gasthof zum Schwan in Schmargendorf, der sich durch seine schöne Lage am Rande des Grunewalds auszeichnet, wird von den Parteigenossen Wilhelm Erdbergs am Sonntag ein Waldfest mit Kinder-Festelung und Feuerwerk veranstaltet. Auf diesem Feste, das auch der Arbeiterschaft Berlins zum Besuch empfohlen sei, kommen hauptsächlich die am letzten Sonntag des Regemvetters wegen unterbliebenen Arrangements zur Ausführung. Der Eintritt ist frei.

Groß-Lichterfelde. Die hiesigen Parteigenossen veranstalten am Sonntag, den 27. Juli, im Richterischen Etablissement, Chausseestr. 104, ein großes Sommerfest. Da alles aufgeboten worden ist, die Festteilnehmer in jeder Beziehung zufriedenzustellen, wird zahlreicher Besuch seitens der Arbeiterschaft erwartet. Das Komitee.

Teltow-Weeskow-Storkow-Charlottenburg. Am Sonntag, den 17. August 1902, findet im Etablissement Birkenwäldchen in Steglitz das diesjährige Kreis-Volkfest statt. Näheres siehe Inserat. Billets können durch den Genossen Play, Lichterfelde, Chausseestr. 55, bezogen werden.

Lokales.

Im Kreis der Jahreszeiten.

Den Blüthensee Hummelbeidigern John und Schmidt zum Abschied gewidmet.

Geschieht auch nichts, ist alles freie Regen Erstart, und läuft in engen, gleichen Regen Das kümmerliche Dasein Tag für Tag — Der Himmel scheint auch Euch, des Donners Schlag, Des Sturmes Brausen und des Schnees Geflimmer, Sie nicken Euch der bunten Freiheit Schimmer, Die Rinde wechseln, Sonne steigt und sinkt, Das Jahr ergrünt, vereist — das alles klingt Gedoppelt wieder in der Einsamkeit, Der voller reicher tönt so Lust wie Leid, Die feiner hört und tiefer fühlt, was spricht Natur, das ewig Neues findende Gedicht.

Im Sommer war's, da zogt Ihr ein. Der Staub Des Hofes wehelt schwarz um Mensch und Laub; Im Hundstagsbrand ein mild' verdrossnes Trotzen, Durchs grelle Fenster strahlte die Glut, und Rotten Lichtstäubchen tanzten wirbelnd ihre Weile, Ihr schaut dem Spiel und summt ein Tanzlied leise, Doch Sonntag will die Wehmut nimmer weichen, Wie endlos träge da die Stunden schleichen, Derweil von draußen hallt ein lauter Trubel Wie Jahrmärkteviereck und Jugendjubel, Sie feiern Sonntag, wandern, schmausen, lärmern, Sie fügen, tanzen, nicken, lässeln, schwärmen, An Eurem Ohr der Sommertrauf verbrandet: Ein Schiffein, das Ihr ruft, doch niemals landet... Das Jahr verfliehet. Die Gräser an den Mauern Entfärben fröhlich sich in Regenschauern, Auf braunem Halm wippt zierlich eine Maus Und sucht sich nagenud heftiglich dämmen Schmaus, Novembernebel! Alles Licht entschwand, Die Sonne geht nicht auf in diesem Land, In engem Dämmertübel graut die Helle, Und stehen blieb der Zeiten starre Welle, Ein Bahrtuch weht sich Euch aus Nebelkanten, Ein dämmes Blatt weht durch des Witters Schranken, Gespenstlich kassellend fällt es Euch zu Füßen — Schreiend die Kräh'n Todes Krute grühen... Da pfeift ein heller Wind, die Dünste weichen, Die Nachgedanken feig und scheu entschleichen, Die Sonne eine neue Sternennwelt Schuf sich auf Erden glühend, lustig fällt Der Schnee, des Kerkers Hofes Rückenland Dacht weißer Sterne schimmerndes Gewand, Was thut's, daß grümtig zwacht Spahnholz Frost! Das klare Licht poliert des Trübsals Rost, Bis glänzlich sich der Winter dann verzieht Und zwischen Sturm und Regen uörgelnd steht, Und wieder wird ein andres Wunder wach, Am Abend tönt der erste Vogelzug, Ganz schüchtern, leise, als wollte er probieren, Ob er vor'm Lenz sich müßte nicht genießen, Der erste Schein erschließt des Schlafes Gruft, Zum Fenster auf! Des Morgens junge Lust Und seine Freiheit Ihr in durstigen Zügen Trinkt, und geniehet, atmend nur, Gemüthen, Es walt über die Welt des Frührots Glanz; In duf'tiger Höl' der Wälderreigentanz Der Vogel! Saffelspannt die Roipen sprichend, Bergeistert wie in Sonnenhuld zerfließen...

Die Rinde wechseln. Sonne steigt und sinkt. Das Jahr ergrünt, vereist — das alles klingt Gedoppelt wieder in der Einsamkeit, Und nimmt mit sich die Zeit, die lange Zeit. Jedweder neue Tag ist nur ein neuer Spender, Es mecht sich im Gefangenschaftskalender Der Striche Schar, die Male toter Stunden, Und nun der letzte Abschied!... Ueberwunden! Joe.

Eine neue Haltestelle der Anhalter Vorortbahn in der Horkstraße. Um den vielfach angeregten Wünschen, dem in der Gegend der Horkstraße, Mansteinstraße und in Schöneberg wohnenden Publikum Rechnung zu tragen, errichtet die kgl. Eisenbahn-Direktion eine Haltestelle in der Horkstraße, und zwar für die Strecke Groß-Lichterfelde-Ost und für die Linie Jossen. Die Arbeiten dieser Station sind bereits so weit gediehen, daß die Eröffnung derselben in nicht allzu fernher Zeit bevorsteht. Um auch einem starken Sonntagsverkehr gegenüber vollkommen gewachsen zu sein, ist die räumliche Ausdehnung der Haltestelle eine sehr bedeutende.

Im neuen Botanischen Garten in Dahlem nehmen die hiesigen Arbeiter einen rüstigen Fortgang. Eine ganze Anzahl von Anstaltsgärten sind bereits fertig gestellt, sämtlich in Eichenkonstruktion mit hölzernen Sprossen und einfachen Glase versehen. Die hervorragende Aussicht ist ohne Frage das große Winterhaus. Dasselbe hat eine Länge von 40 Meter, eine Breite von 20 Meter und eine Höhe von 14 Meter im First und macht auf den Besucher einen höchst gefälligen Eindruck. Die Anzahl der Häuser, die im Anlageplan vorgezeichnet waren, hat eine Vermehrung erfahren durch ein Haus für Kolonialpflanzen neben dem Kolonialgarten. Die Pflanzen selbst gedeihen vorzüglich. Wider Erwarten gut haben sich die Gebirgspflanzen acclimatisiert, welche in der neuen Heimat sich erstlich ganz wohl befinden. Ebenso steht das Rosarium in schönster Blütenfülle und gewährt einen entzückenden Anblick.

Drei zum Teil größere Störungen im Straßenbahn-Betriebe haben am gestrigen Tage stattgefunden. Eine Störung von sehr bedeutender Ausdehnung entstand um 1/21 Uhr an der Ecke der Moon- und Bismarckstraße. Hier zerfiel ein Wagen der Linie Moabit-Schlesischer Bahnhof die Weidenzunge, wobei Kurzschluß herbeigeführt wurde. Infolgedessen mußten die dort verkehrenden Wagen teils durch die Dorothienstraße abgelenkt, teils durch Kienmühlentorweg geschoben werden. In letzterer Weise wurde auch der Motorwagen der Linie Rixdorf-Moabit vorwärts bewegt. Der Führer desselben vergah, den Unterleitungsapparat zu heben, der in eine noch nicht fertiggestellte Unterleitungsstange geriet, sich dort festsetzte und zerstört wurde. Da hierdurch auch der Verkehr durch die Dorothienstraße eine circa einstuündige Unterbrechung erfuhr, mußte der Verkehr durch die Leipziger- und Französischer-

straße abgelenkt werden. In der letzteren Zeit finden aber in derselben Schienen-Auswechslungen statt, wodurch stundenweise ein-gelieferter Betrieb vorgeschrieben ist; so entstanden hier Wagen-anstauungen, die sich zum Teil bis zur Leipzigerstraße erstreckten. — Um 11 Uhr vormittags war auf den Schienen in der Gartenbergstraße an der Bahnhofsstraße ein mit Steinen beladener Arbeitswagen zusammengebrochen. Der Betrieb der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn-Linien konnte nur mittels einer Umfahrungrinne aufrecht erhalten werden. — Um 1/48 Uhr wurde ebenfalls in der Gartenbergstraße an der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-kirche eine längere Betriebsstörung dadurch herbeigeführt, daß die Vorderachse des Straßenbahnwagens 1602 der Linie Sötker-Wahlfogel-Kindergericht in der Kurve entgleiste. Der Verkehr wurde durch Ableitung über den Kurfürstendamm, Kurfürststraße und Nürnbergerstraße aufrecht erhalten.

Selbst gestellt hat sich der Kassenbote Friedrich Wagner, der vorgestern der Seehandlung 57 000 M. unterschlug. Wagner hat wohl eingesehen, daß er nach den umfassenden Maß-regeln, die zu seiner Ergreifung bei seinem geringen Vorsprung ge-troffen werden konnten, nicht weit kommen werde. Daher begab er sich heute morgen zur Staatsanwaltschaft beim Landgericht I und stellte sich ihr zur Verfügung. Von einer großen Reue ist zeugt es, daß er im Verhör glauben machen wollte, er habe das veruntreute Geld, das man nicht mehr bei ihm fand, verloren, und daß er bei dieser Behauptung bleibe. Jedemfalls hat er die Zeit, die er sich bis zur Selbstgestellung ließ, dazu benützt, seine Beute zu verstecken, nach berühmten Mustern vielleicht im Grunewald, um sie sich nach Verhängen der Strafe wieder anzueignen und dann damit zu ver-schwenden. Wagner wurde nach dem Verhör in Untersuchungshaft gesetzt.

Beim Spielen überfahren und getötet wurde gestern, Mittwochmorgen, der 12 Jahre alte Sohn Max der Witwe Kemmer, die am Johannistich 2 ein Materialwarengeschäft betreibt. Da die Frau fünf unmiündige Kinder besitzt, so war der zweitälteste Sohn Max seit fünf Jahren im Friedrichstich zu Steglitz unter-gebracht. Jetzt hatte er vierzehn Tage Ferien und war bei der Mutter und bei den Geschwistern zu Hause. Gestern nachmittag um 6 Uhr spielte der Knabe mit einem Reifen an der Heilig-Kreuzkirche und in der Blücherstraße. Als ihm der Reifen über den Fahrdamm weglief, rannte er ihm nach, fiel aber gerade vor einem Lastwagen der Dr. Roydschen Kohlen-Industrie auf dem schlüpfrigen Asphaltpflaster hin. Bevor der Knäuel anhalten konnte, war dem Unglücklichen schon ein Rad über den Unterleib gegangen. Schwer verletzt wurde er mit einer Drohse nach der Unfallstation in der Wilhelmstraße gebracht, als man aber dort mit ihm ankam, war er schon tot. Die Leiche wurde dem Schauhause von der Revierpolizei überwiesen.

Von einem Straßenbahnwagen umgefahren wurde am Mittwochabend um 8 1/2 Uhr der 23 Jahre alte Sattler Rudolf Busch aus der Horkstraße 33. Von der Arbeit kommend, verließ er an der Ecke der Fehrbellinerstraße und der Kastanien-Allee einen elektrischen Wagen und wollte nach der anderen Seite der Straße hinübergehen. Während er nun einem Lastwagen auswich, überfah-er einen andren Straßenbahnwagen, der aus der entgegengekehrten Richtung von der Schöneberger-Allee her gefahren kam, wurde von diesem umgefahren und unter der vorderen Plattform 20 Schritte weit geschleift. Der Verunglückte erlitt schwere Verletzungen an den Armen, den Hüften und am Gesicht und mußte von der Rettungs-station in der Kastanien-Allee mit einem Räderwagen nach dem Lazarus-Krankenhaus gebracht werden.

Müßelhafter Todesfall. Fräulein Dr. phil. Elise Kemmann, Tochter des verstorbenen Zoologen Kemmann aus der Potsdamerstraße Nr. 10, wurde Mittwochmorgen in einem Laboratorium in der Chausseestraße tot aufgefunden. Die junge Dame, die bei ihrer verwitweten Mutter in der Potsdamerstraße wohnte, promovierte vor einigen Jahren in der Physik zum Dr. phil. und arbeitete in einem großen chemischen Laboratorium, das in einem Hause der Chausseestraße umfangreiche Räume einnimmt. Hier fand man sie gestern in der fünften Nachmittagsstunde mit Chankali vergiftet tot auf, und zwar in dem Raum, den sie allein als Arbeitszimmer benutzte. Ob ein Unfall oder ein Selbstmord vorliegt, ist noch nicht aufgeklärt. Auch ein Brand zum Selbstmord ist bisher nicht bekannt geworden. Da die Dame in ihren Arbeiten selbständig war, so weiß man auch nicht, mit welchem Präparat oder welche Untersuchung sie sich gerade beschäftigte. In dem Arbeitszimmer wurde alles so belassen, wie es bei der Auffindung der Leiche war, damit die Untersuchungs- und Gerichtsbehörden Gelegenheit haben, sich aus dem unveränderten Zu-stande der Umgebung ein Urteil zu bilden.

Verunglückt. Auf dem Baumrusterstr. 7 in Rixdorf, ausgeführt vom Maurermeister Wolf, ereignete sich am Donnerstag früh nach 9 Uhr ein Unfall, der sehr leicht große Opfer gefordert haben könnte. Auf dem Neubau des Baumrusterstr. 7, der sich in der Gegend der Zimmer-straße befindet, wurde ein Arbeiter beschäftigt. Aus bis jetzt noch unauflösbaren Ursachen rutschten sechs Dachsparren, welche schon seitwärts verankert waren, ab, da sie an der Dachlatte noch nicht befestigt gewesen, und schlugen mit mehreren verankerten Holzstücken auf den circa 2 1/2 Etagen tiefer liegenden Baumrusterstr. 7. Das Fräulein war gerade vorbei, die Leiter war noch besetzt von aufsteigenden Arbeitern. Der Maurer Manowski, welcher einer der ersten war und gerade im Begriff stand, seine Arbeit zu beginnen, wurde von den herabfallenden Holzmassen getroffen, wodurch ihm der Unterkiefer und der rechte Arm zertrümmert wurde. Manowski wurde sofort nach dem Krankenhaus am Urban gebracht; er steht im 23. Lebensjahr und ist noch unverheiratet. Der Bau des Unternehmens selbst steht in der dortigen Gegend in seinem guten Gange, denn auf diesen Bau hat ein ständiger Wechsel der Arbeiter stattgefunden. Im Grund führten Lohnmänner die Arbeit aus; da dem Herrn S. diese nicht genügend leisteten, gab er ihnen Feierabend und nahm sich Accoromanten, während sich wieder Lohn-männer die Arbeit fertig stellen. Unendlich viel Schaden an Leben und Gesundheit der Arbeiter hätte durch den Unfall angerichtet werden können, wenn auf dem unteren Bau schon die Arbeit in flotten Gänge gewesen wäre. Wann endlich werden diese Bau-würven angehalten werden zu reeller Arbeit und genügenden Schutz-vorrichtungen.

Der Rettungslahn an der Weidenammerbrücke ist nur für gewandte Turner zu erreichen. Die zur Spree führende Treppe an der Nordseite der Brücke endet nämlich bereits 1 Meter über dem Wasserpiegel. Sie findet ihre Fortsetzung in einer senkrechten Leiter, deren eiserne Sprossen in die feinerne Uferböschung ein-gemauert worden sind. Am Fuße dieser Leiter, die nur eine mit löcheriger Gewandtheit ausgestattete Person hinaufsteigen kann, liegt der Rettungslahn.

Froschjäger. Eine empörende Robeet wird jetzt häufig von jungen Burken und selbst von älteren Leuten verübt, welche an den Seen und Wasserläufen der Umgebung Berlins der Froschjagd obliegen. Die Froschjagden werden leinewegs sportsmäßig, sondern gewerbsmäßig betrieben. Die Froschjäger bilden beinahe eine Delikatessen für Feinschmecker und dieser Schenkel wegen wird Jagd gemacht auf diese Amphibien. Die „Froschjäger“ werden an Restaurateure, Delikatessenhändler etc. verkauft und finden die Frosch-jäger in ihnen willige Abnehmer für ihre Jagdbeute. Statt nun aber die gefangenen Tiere zu töten, schneiden ihnen die rohen Ge-fellen vielfach bei lebendigem Leibe die Schenkel ab und überlassen sie dann gewissenlos ihrem jämmerlichen Schicksal. Es wäre wohl zu wünschen, daß den rohen Patronen ihr Handwerk gründlich ge-legt würde.

Zeugen gesucht! Personen, welche gesehen haben, daß am 29. Juni d. Js., abends gegen 8 1/4 Uhr, zwei Herren am Rixdormer-Platz durch einen Schuttmann filiiert wurden, werden gebeten, ihre Adressen an Schuhmachermeister R. Moske, Rixdormstr. 38, gelangen zu lassen.

Weitere Abholzungen in der Umgebung Berlins. Die Absicht des Forstbüros, die Schönholz- und Heide zur Bebauung zu verkaufen, hat lebhaften Unwillen nicht nur in den beteiligten Vororten, sondern besonders im Norden Berlins hervorgerufen. Man hofft, daß der Landwirtschaftsminister jetzt, nachdem er durch Petitionen über die Verhältnisse und den großen Wert der Heide aufgeklärt worden ist, in letzter Stunde die Genehmigung zum Verkauf verjagen wird. — Diese Hoffnung scheint jedoch wenig Berechtigung zu haben nach den Meldungen, die jetzt aus Rummelsburg, Johannisthal und Karlshorst kommen. Nach diesen Meldungen sollen auch hier große Wald-parzellen der Art zum Opfer fallen. Die Forst-verwaltung wartet nur noch auf einen Käufer. In Rummels-burg ist der größte Teil der Buchheide schon abgeholzt, doch hat der sich nach Karlshorst hinziehende Streifen des Waldes immerhin noch den Anwohnern gute Erholung. Gerade für Rummelsburg ist das Stüchchen Wald, infolge der vielen Fabriken, Mästereien usw. im Ort von großem Wert. Die Gemeinde sowie auch die Karlshorster Vereine streben die Erhaltung des Waldes an.

Die Ausdehnung der Kranken-Versicherungspflicht auf die Hausindustriellen und Heimarbeiter ist vor einiger Zeit in Neu-Weichensee beschlossene worden. Die Gemeindeverwaltung nahm ein entsprechendes Ortsstatut an. Noch ist dieses Statut aber nicht genehmigt worden und zwar angeblich aus dem Grunde, weil der Kreisbeschluß für den Kreis Nieder-Barnim beabsichtigt, für alle Orte um Berlin die Versicherungspflicht der Hausindustriellen und Heimarbeiter gleichzeitig anzuordnen. Erhebungen haben zu diesem Zweck schon stattgefunden.

Schulneubau Schöneberg. Zu den kürzlich in Nr. 164 des „Vorwärts“ gekennzeichneten Zuständen auf dem Schöneberger Schulhaus-Neubau in der Hohenstaufenstraße, ausgeführt von der Firma Duffe u. Gansow, haben wir heute ein Nachspiel zu ver-zeichnen. Die kurze Notiz umfres Blattes, in welcher die schließlichen Schutzvorrichtungen, das ständige Ueberzeitarbeiten und die Behand-lung seitens des Poliers Kobial einer Kritik unterzogen wurden, haben letzteren so in Erregung gebracht, daß er strenge Rache denen geschworen hatte, die nach seiner Ansicht der Verbandsleitung der Maurer die unwürdigen Zustände auf diesem städtischen Bau ge-meldet hatten. Die Gelegenheit hierzu bot sich ihm nun am ver-schlossenen Mittwochabend, wo ein Mangel an Verblendsteinen eintrat. Der Polier K. ließ nun infolgedessen 15 Maurer wegen Material-mangel auslegen. Hierbei suchte sich der Polier um alle diejenigen aus, die während der Pausen in der Wude für geregelte Zustände eingetreten und des Übrigen den Polier um die Zustände aufmerksam gemacht hatten. Statt daß derselbe den betreffenden dankbar wäre wegen dieser Anwesenheit, da bei event. Unfällen, deren einige schon kurz vorher vorgekommen, der Polier sonst zur Verantwortung gezogen worden wäre, beehrt er dieselben mit dem Ausschlag. Dieses Wankver empörte die übrigen Maurer, weshalb sie sich insoweit mit ihren Kollegen solidarisch erklärten, als sie dem Polier mit-teilten, ebenfalls so lange die Arbeit auszugehen, bis Material genügend vorhanden sei. Am selben Tage hatten mehrere neue Maurer angefangen, welche nicht anzufügen brauchten, und hatte auch der Polier schon Tags zuvor gesagt, daß entweder die betreffenden Maurer den Bau verlassen müßten oder aber er gehen würde. Auf diese Stellungnahme der übrigen Maurer schien der Polier nur gerechnet zu haben, ihm kam diese Willens-erklärung gerade recht, seinen lange gehegten Wunsch, die gefonten, nach seiner Ansicht unfähigen Maurer durch andre, willfährigere zu ersetzen, auszuführen. Sofort erließen alle Maurer, 70 an der Zahl, Feierabend und mußten den Bau verlassen, trotzdem inzwischen die fehlenden Verblendsteine eintrafen. Zur Charakteristik der Art der Bauausführung sei noch mitgeteilt, daß die Arbeiten keines-wegs den Anforderungen entsprechen, die man an solide städtische Bauten zu stellen hat. Es ist eine ständige Zweibein des Hindernis, die Arbeit so auszuführen, wie es sich gehört. Wenn die städtischen Ausschichtsbeamten den Mäcken lehren, so sind Be-merkungen, wie „Es kommt so genau nicht darauf an, die Arbeit ist vom Berg aus nicht zu sehen“ oder „Man zu, das ist ja doch keine Verblendarbeit“ an der Tagesordnung. Es wäre hier dringend am Platze, daß die städtische Bauverwaltung ein wachsameres Auge für die bauausführende Firma sowie deren Untergebene hätte, damit derartige Skandalöse Zustände aus der Welt geschafft würden und vom Steuerfiskus der Stadt ausgeführte Bauten solide gearbeitet und für die Arbeiter keine Unglücksfälle würden.

Ein Baumfall ereignete sich gestern vormittag gegen 1/12 Uhr auf dem Neubau von Duffe und Gansow, Hohenstaufen- und Gubener-straßen-Ecke. Der Steinträger August Oesterich aus der Memelerstraße wollte beim Abwerfen der Steine verfehlen, daß dieselben auf die Straße hinabfielen, verlor dabei das Gleichgewicht und stürzte vom 2. Stockwerk auf ein nicht den Vorschriften entsprechendes Schuttdach, welches zerbrach, und von da auf die Straße. Am Kopf und an den Beinen schwer verletzt, brachten ihn einige seiner Kollegen nach der Unfallstation. Oesterich ist verheiratet. Die übrigen auf dem Bau beschäftigten Steinträger stellten sofort die Arbeit ein und verlangten vom Polier, daß ein vorchriftsmäßiges um den ganzen Bau sich erstreckendes Schuttdach angebracht werde, andernfalls sie die Arbeit nicht wieder aufnehmen würden.

Aus Rixdorf meldet eine Korrespondenz: Eine Sub-mission hätte haben die Ausschreibungen der Erdarbeiten zum Bau des Rixdorfer Stichkanals durch die Köllnischen Wiesen ergeben. Eine sehr bekannte, leistungsfähige Firma in Breslau ist die Mindest-fordernde. Sie will die Arbeiten für 71 800 M. ansühren, während eine Berliner Firma, die Höchstfordernde, 212 500 M., also dreimal so viel verlangt. Die übrigen Offerten, 15 an der Zahl, bewegen sich zwischen den beiden genannten Forderungen und weichen aus-nehmend wenig von den beiden genannten Forderungen ab. Ein Teil der Rixdorfer Stadtverordneten will den Magistrat veranlassen, nur einem solchen Unternehmer die Arbeiten zu übertragen, der sich verpflichtet, hiesige Arbeiter einzustellen, damit nicht, wie zu Beginn des Jahres beim Teltowkanal der Unstand eintritt, daß hiesige Arbeitslose zu Gunsten billigerer polnischer Arbeiter zurückstehen müssen.

Die Brüder Gemeindevertretung beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung zunächst mit der Kanalisations- und Wasserversorgungs-frage. Bekanntlich hat sich die Stadtgemeinde Schöneberg bereit erklärt, die Abwässer von Weiz in ihre Druckrohr anzunehmen als Äquivalent dafür, daß die Gemeinde Weiz die Genehmigung zur Durchlegung des Schöneberger Druckrohrs nach dem Kielesfeld Klein-Ziethen erteilt. Der diesbezügliche Vertragsentwurf ist fertiggestellt, wurde aber in geheimer Sitzung beraten. Was die Wasserversorgung betrifft, so sind Unterhandlungen mit den Berliner und Charlottenburger Wasserwerken im Gange; nebenher ist aber auch die Schaffung eines eignen Wasser-werkes ins Auge gefaßt worden, nachdem die Möglichkeit hierfür sachmännlich festgestellt worden ist. — Zu den Kosten einer Wäldle über den Teltowkanal im Zuge der Straße 45 bewilligte die Ver-sammlung den Betrag von 10 000 M. unter der Bedingung, daß die gleiche Summe von den Anliegern aufgebracht werde. — Die Schuidienerteile für die 2. Gemeindegasse, mit 400 M. Jahresgehalt fixiert, soll dem Rixdormer Wäldle übertragen werden, wenn sich für die Stelle, die geleglich den Militäramwärttern vorbehalten ist, ein solcher nicht meldet.

Abgehürt ist gestern abend in Vorhaben, Bahnhofstr. 4, eine Frau Engel beim Fensterreißen. Dieselbe fiel vom zweiten Stock aus auf das Pflaster und verletzte sich so schwer, daß sie nach dem Krankenhaus gebracht werden mußte.

Sociale Rechtspflege.

Kleberpflicht. Bei der diesmaligen Kontrolle der Luthings-larten hat sich ergeben, daß für Versicherte, welche ihren Lohn bzw. ihr Gehalt wöchentlich resp. monatlich ausbezahlt erhalten, auch

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion den Publikums gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Freitag, den 25. Juli.
Neues Opern-Theater (Kroll).
Der Rigeunerbaron. Anfang 7 1/2 Uhr.
Im Wiederholungs: Offenbach-
Cydus. Die Zauberflöte. —
Die Haiml weint — der Hans
lacht. — Apotheker und Prüfer.
Anfang 8 Uhr.
Wetikon. Die Brautsohlerie. Anfang
7 1/2 Uhr.
Metropol. (Moritz-Oper.) Die
verkaufte Braut. Anfang 8 Uhr.
Neues. Hedige Deute. Anfang
8 Uhr.
Carl Weisk. Der Dämon. Hier-
auf: Eie. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches.
Der Herrliche. Anfang 7 1/2 Uhr.
Apollo. Vylstrata. Spezialitäten-
Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Anfang 8 Uhr.
Passage-Theater. Spezialitäten-
Vorstellung. Anfang nachmittags
5 Uhr.
Passage-Panoptikum. Speciali-
täten-Vorstellung.**Urania.** Taubenstr. 48/49. (Im
Theaterhof.) Abends 8 Uhr:
Die deutsche Ostseeküste.
Zubehörsstraße 57/62.
Täglich: Sternwarte.

Metropol-Theater
Anfang 8 Uhr. **Moritz-Oper.**
Die verkaufte Braut.
Kom. Oper in 3 Akten von Smetana.
Nationaltänze von 16 Tänzern.
Sonabend: Klassisch populäre
Opern-Vorstellung bei halben
Preisen: **Fidelio.** Sonntag:
Franceschina Prevosti: Carmen.

Carl Weiss-Theater.
Große Frankfurterstr. 132.
Täglich:
Der Dämon.
Hierauf: „Sie“. Ruchstücke in 1 Akt
von W. Schöler-Berast.
Sonntagnachmittag: **Die Viper.**
Im Garten: Spezialitäten-Vor-
stellung. Anfang 5 Uhr.

Apollo-Theater
Um 7 Uhr: Garten-Konzert.
Um 8 Uhr: **Die grandiosen**
Spezialitäten.
Um 9 Uhr:
Lysistrata
Am 1. August Wiederauftreten
von Robert Steffl.
Kasseneröffnung 7 Uhr.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang: Wochentags
8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
Tageskasse 11—14 Uhr.

Opern, Operette,
Singspiele, Scherz-
stücke, Scherz-
stücke, Scherz-
stücke, Scherz-
stücke.

Sanssouci
Kottbuserstr. 4a.
Station der Hochbahn.
Täglich im Garten, bei un-
günstiger Witterung im Saal:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger
und Konzert.
Sonntag, Montag und
Dienstag nach der
Soliree: Tanzkränzchen,
Tanz frei!
Anfang Sonntag 8 Uhr, Entree 30 Pf.,
ab 9 Uhr 20 Pf. Anfang Wochentags
8 Uhr. Entree 30 Pf., ab 9 Uhr 20 Pf.

Fröbels
Allerlei-Theater
früher Puhlmann
Schönhauser Allee No. 149.
Heute und folgende Tage der einzig
daneben
Juli-Spielplan
mit dem unübertrefflichen
Karl Braun
und dem allberühmten
Hugo Schulz.
Um 8 Uhr: Großer Erfolg:
Die Weber.
Berliner Singspiel mit Gesang.
Täglich: Großer Ball.
Anfang 5 Uhr — Entree 30 Pf.
Mittwoch: Großer Elite-Abend.

Max Kliems
Sommer-Theater.
Hasenheide 13—15.
Artisticischer Leiter: Gust. Beck.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater- u.
Spezialitäten-Vorstellung
Jeden 1. und 15. d. Monats:
Wechselndes Programm!
Donnerstag: **Elise-Tag.**

Urania.
Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Die deutsche Ostseeküste.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich nachmittags ab 5 Uhr:
Militär-Doppel-Konzert.
Entree 1 M. v. 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

CASTANS Panoptikum
Friedrich-Strasse 165.
Neu!
Die Nordlandreise des Kaisers und Wanderungen durch London.
Riesen-Projektionsbilder mit erläuterndem Vortrag.

Passage-Theater.
Das glänzende Juli-Programm.
Willy Prager.
(Prolongiert!)
16 neue erstkl. Nummern
Passage-Panoptikum.
Moles Pariser
Marionetten-Theater.
Das Affenweib.
Soejungfer. Tigerknabe.

Schweizer Garten
Am Königsthor 4202*
Am Friedrichshain
Täglich:
Theater- und Spezialitäten-
Vorstellung.
Täglich bis 7 Uhr: Freier Damontanz.
Jeden Abend 10 Uhr:
Reute von heute.
Große Kasse mit Gesang und Tanz

Sommertheater
Marienbad
Badstr. 55/56, Gesundbrunnen.
Täglich:
Das erstklassige Spezialitäten- und
Theater-Programm. Größter Er-
folg! Punkt 10 Uhr: Schlager!
Berlin wie's lebt und liebt
Entree 20 Pf.
Sonntags: Ball.

Prater-Theater
Sastanien-Allee 7—9.
Täglich:
Tausend und eine Nacht.
Phantastisches Märchen in 3 Akten.
von Hugo Schulz.
Ballettges. Catrini. Rollen-Soubrette
Paula Crigatti. Grotto-Band. Komiker
Senzor u. Berad. Miss Kitty. Sport-
Akt. Barskow-Truppe. Barriere-
Akrobaten. Mr. Barthing. Leb. Photo-
graphien. Barthings elektrische Feuer.
(3000 Wlählerper.) Konzert Anfang
4 Uhr. Entree 30 Pf., ununterbrochen
Blas 50 Pf. **Kalbo.**

Ostbahn-Park.
Am Küstrinerplatz. Rüdigerdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater- und Spezialitäten-
Vorstellung.

W. Noacks Theater.
Friedrichstraße 16.
Täglich Theater- u. Specia-
litäten-Vorstellung.
Gediegene Gesellschaft.
Nur keine Männer!
Burleske mit Gesang und Tanz
von Gerde.
Im Saal: **Tanzkränzchen.**
Dr. Simmel. Prizenstr. 41.
Spezialarzt für 25/17
Haut- und Nervenleiden.
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.
Mühlenstrasse Nr. 8,
an der Warschauerstr., und von 1. Ok-
tober ab billige Besichtigungen von
2 Stunden zc. in verletzten. Rührer
bafelst beim Verwalter. 4898E*

Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen, Badstr. 58.
Täglich: Das großartige
neue Programm.
Willy Agoston.
Berlin auf Stelzen.
Außerdem: Konzert, Theater,
Spezialitäten.
Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf.
Vorzugskarten haben Günstigkeit.
Saffetische. Im Saal: Ball.

„Zum gemütlichen Josef“
Weih- und Fabrich-Bier-Lokal.
Gubenerstrasse 56. 407

Brauerei Germania
Aktien-Gesellschaft
Berlin O., Frankfurter Allee 53.
Telephon Amt VII 2645.
Wir verkaufen nach wie vor in unseren circa 80,
eigenen Kuchenschänken, welche unter unserer eigenen Verwaltung stehen,
unserer aus den feinsten Rohmaterialien hergestellten, feist frischen und
gut gekühlten Biere:
1/2 Liter helles zu 10 Pf.
1/4 Liter Lagerbier „ 5 Pf.
Münchener u. 4/10 Ltr. 10 Pf.
Pilsener Art 2/10 Ltr. 5 Pf.
1 gr. Weisse 15 Pf., 1 kl. Weisse 8 Pf.

Flaschenbiere
für M. 1,50 frei Haus:
15 Fl. (ca. 1/2 Ltr.) } Helles
18 Fl. (ca. 4/10 Ltr.) } Lagerbier.
15 Fl. (ca. 4/10 Ltr.) } Pilsener und
15 Fl. (ca. 4/10 Ltr.) } Münchener Art
20 kl. Weissen (gelb Etikett).
15 kl. Tafel-Weissen (weiss Etikett).
15 Flaschen Malzbier.
20 Flaschen Weizenbier.

Zum Selbst-Abziehen:
1 To. Weissbier 1,75 M.
1 16 " " 0 90 "
1 8 " Werdersch-Malz 2,50 "
1 16 " " 1,25 "
1 16 " Braumbier . . . 0,90 "
oder Weissbier, Braumbier à Lit. 10 Pf.,
Malzbier à Liter 15 Pf. in der Brauerei,
Frankfurter Allee 53, und in den Jungbier-
Verkäufen:
Berlin N: Weidnerstr. 38, Komikerstr. 5, Uebornstr. 8,
Vorlingstr. 41, Müllerstr. 25a. O: Grüner Weg 60. SO: Schmidt-
str. 39. S: Dreddenstr. 114, Prinzenstr. 106, Gräberstr. 12.
SW: Vogelbergstr. 18. NW: Turmstr. 66, Lüderstr. 7.
Friedrichsberg: Frankfurter Chaussee 104.
Charlottenburg: Wilmersdorferstr. 119.
Verkäufe auf Flaschen und Maßkrüge erlösen per Post nach
Frankfurter Allee 53. 4562*

Würzburger Hühneraugenmittel
von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anwendung frei.
Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Mittel. Der Schmerz ist in 5 Min.
fast, das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Gehört Salicylsäure u. indischen
Ganzert.)
Dr. H. Unger in Würzburg.
Hauptdepot in Berlin (30 Pf.): Salomon-Apothek, Charlottenstr.
Grell-Apothek, Barnimstr. 33. — München: Schützen-Apothek. —
Stuttgart: Hirsch-Apothek. — Breslau: Victoria-Apothek. 4662L*

Central-Verband der Zimmerer Deutschlands.
Zahlstellen Berlin und der Vororte.
Sonntag, den 27. Juli, vorm. 10 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20:
III. General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom II. Quartal 1902 und des Bräuhaus Fonds. 2. „Die Lohnkämpfe der Zimmerer
Deutschlands“. Referent: Kamerad Schrader-Hamburg. 3. Verschiedenes.
In Anbetracht der außerordentlich wichtigen Tages-Ordnung erwarten wir, daß die Mitglieder recht
zahlreich und pünktlich erscheinen. Die Versammlung wird Punkt 10 Uhr eröffnet.
Ferner machen wir die Mitglieder nochmals darauf aufmerksam, daß jeder in Berlin und den Vor-
orten beschäftigte Zimmerer im Besitz einer Karte zum Bräuhaus Fonds sein muß. Bei der gegenseitigen Kontrolle
bitten wir dieses genau zu beachten.
Der Vorstand. J. K.: H. Knäuper, Engel-Ufer 15.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
(Zahlstelle Berlin).
Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
Sitzung der Orts-Verwaltung.
Die Kollegen, welche noch Bücher aus der Verbands-
Bibliothek in Händen haben, werden ersucht, dieselben umgehend
auf dem Bureau abzuliefern.

Drechsler.
Sonabend, 26. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus:
Kommissions-Sitzung der Drechsler.

Achtung! Ginseker. Achtung!
Sonntag, 27. Juli, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
Engel-Ufer 15:
Verammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Ergänzungswahl der Kommission und Vertrauensleute.
3. Branchenanangelegenheiten.
Der Obmann.

Achtung! Süden und Südosten.
Die Fahrkarten zur Dampferpartie am 3. August nach
Hessenwinkel am Dämmersee gelangen nur noch am Sonnabend,
den 26. d. M., auf den Zahlstellen und dem Bureau zur Ausgabe. Nachdem
werden die noch im Umlauf befindlichen eingezogen.
Die Kollegen, welche an dieser Partie teilnehmen wollen, werden ersucht,
sich bis dahin in den Besitz von Fahrkarten zu setzen.
Das Komitee.

Verband der Sattler.
Ortsverwaltung Berlin.
Bureau: Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15. Zimmer 30. Fernsprecher:
Amt 7 Nr. 1959.

Branchen-Versammlungen.
Geschirre-Branche Montag, den 28. Juli cr., abends 8 1/2 Uhr, im
Englischen Hof, Neue Nohstr. 3.
Treibriemen-Branche Sonabend, den 26. Juli, abds. 8 1/2 Uhr,
bei R. Buske, Grenadierstr. 33.
Läden- und Koffer-Branche Dienstag, 29. Juli, ab. 8 1/2 Uhr, im
Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, S. 7
Militär-Branche Sonabend, den 26. Juli, abds. 8 1/2 Uhr, im
Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 7.
Linoleumleger u. Teppichnäher Montag, 28. Juli, ab. 8 1/2 Uhr,
bei Sedletzky, Schützenstr. 33.
Wagen-Branche Mittwoch, den 30. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei
Gittler, Luisenstraße 26.
Gegenstände-Branche Montag, den 4. August, abends 8 1/2 Uhr,
bei Ladewig, Kommandantenstraße 65.
Sektion Charlottenburg Dienstag, den 29. Juli, abends 8 1/2 Uhr,
b. Dörre, Charlottenburg, Wallstr. 90.
Die Tagesordnungen werden durch Handzettel bekannt gegeben.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen erucht
157/7 Die Ortsverwaltung.

Neue freie Volksbühne.
Sonntag, 3. August, nachm. 2 1/2 Uhr, im Metropol-Theater
(Moritz-Oper):
Der Waffenschmied.
Komische Oper in 3 Akten von Vogling.
Karten für Mitglieder und Gäste sind in nachstehenden Zahlstellen zu
haben: 150/10
Norden: Knapp, Ref., Grünholzstr. 5. Gradhandl., Franzlauer
Allee 215. 25hr, Adlerstraße 38. II. Nord-West: Beder, Cigarrengeschäft,
Gogelwitzerstraße 9. Süd-West: Pech, Schützengasse, Mäntelstraße 120.
Süden: Bobien, Cigarrengeschäft Kommandantenstraße 62. Süd-Ost:
Röhm, Ref., Nauenerstr. 83. Kaufhold, Brandstr. 52 III. Osten: Diers,
Rattnerstraße 3, St. III. Tabern, Nachstr. 14 (Ging. Grüner Weg).
Centrum: Glaser, Behmmerstr. 18. Nord-Ost: Ref., Groggenstr. 22. III.
Nieder: Stompehl, Schützenstr. 11 I. Schönberg: Arendt, Groggenstr. 2.
Friedenau: Danz, Nachstr. 15, St. III.

Sonabend, den 16. August, abends 8 Uhr:
Letzte Opera-Vorstellung:
Der Trompeter von Säckingen.

Herren-Stoffe.
Räumungs-Plausverkauf!!!
Die Bestände unfres Ladengeschäfts
Spandauerstr. 33/35
werden wegen Aufgabe des Ladens bedeutend unter Preis
ausverkauft. (40718*)
Brenner & Co.
Engros- und Versand-Lager jetzt: Königsstr. 46 I.
Anzug-, Paletot-, Hosen-Stoffe.
Reise spottbillig.

Steppdecken
in Baumwolle schon v. 2,45 M. an
in Wolle " 4,50 " "
in Seide " 10,75 " "
kauft man jetzt im vollständigsten
Ausverkauf
des seit 43 Jahren bestehenden
Geschäfts von
A. Löwenthal
Berlin O. 47093
Breitestr. 20, Ecke Scharrenstrasse.

Herren-Kragen,
rein leinen, garantiert 4fach,
flämische neue Façon in allen Weiten
Stück 15 Pf., Borsat reichl.
Geschlossene Kragen
per Dutzend 3 M. u. 3 M. 50 Pf.
Manschetten, prima, garantiert 4 fach,
1/2 Dutzend 2,25 Mark,
Oberhemden, Servietten, Krawatten
in größter Auswahl. Tricotagen,
Strümpfe. Detailverkauf zu Engros-
Preisen. 43152*
Ernst Marcuse, Mühlstr. 23.